profil'

Ist Politik für Deutschland verfassungsfeindlich?

Die Rechtfertigung der NPD durch Zitate „Staatstragender"

Nationaldemokratische Schriftenreihe

Heft 6

1977

Herausgeber und Copyright 1977: Nationaldemokratische Partei Deutschlands
7 Stuttgart 1, Postfach 2881
Gesamtherstellung: Druckhaus Waiblingen

Vorwort

Was in jedem anderen Staat der Welt selbstverständlich ist, die Achtung vor Volk, Vaterland und Geschichte, die Verteidigung der Rechte des Staats, auch auf sein Staatsgebiet gegen Verzicht und Verrat, ebenso wie die Berufung auf anerkannte wissenschaftliche Ergebnisse, soll nach dem Willen Bonner „Demokraten" in Westdeutschland „verfassungsfeindlich" sein.

Weil die NPD gegen diese bewußte und gezielte Verwirrung auftritt, wird sie verfolgt.

Die vorliegende Schrift beweist die Verlogenheit der gegen die NPD geführten Propaganda in einer zwar zwangsläufig unvollständigen, auf jeden Fall aber zureichenden Vielzahl von Äußerungen aus dem „anerkannten" demokratischen Lager.

Die vielen Aussprüche maßgeblicher Politiker Westdeutschlands zeigen deutlich den Gegensatz von Worten und Taten auf. Dieser Gegensatz läßt die Frage aufkommen, ob ihre hier angeführten Aussprüche nur zur Beschwichtigung der Volksmeinung dahergeredet wurden. Sie beweisen in jedem Fall, daß viele deutsche Politiker eine Gesinnungsvielfalt an den Tag legen, mit der die Wandlungsfähigkeit eines Chamäleons bei weitem nicht wetteifern kann.

Es sei hinzugefügt, daß die NPD für ihren aus innerster Überzeugung geführten Kampf gegen die Verlogenheit unserer Zeit einer Rechtfertigung durch andere nicht bedarf.

Dr. Rolf Kosiek gebührt der Dank für die Zusammenstellung des Materials. Es diente ihm zur Widerlegung der gegen die NPD erhobenen Beschuldigung der Verfassungsfeindlichkeit vor dem Verwaltungsgericht in Stuttgart. Das Gericht konnte sich den Argumenten nicht verschließen und mußte die Unhaltbarkeit der erhobenen Vorwürfe anerkennen.

Die Schrift ist eine geistige Waffe für jeden, dem Deutschland am Herzen liegt. Sie überzeugt jeden Nachdenklichen von der Notwendigkeit der NPD.

Werner Kuhnt
Amt Presse und Information
im Parteivorstand der NPD

Inhaltsverzeichnis

1. Ostverträge, deutsche Einheit

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie den deutschen Anspruch auf Ost- und Mitteldeutschland aufrechterhalte, die Ostverträge (Moskauer, Warschauer Vertrag und Grundvertrag) ablehne und für deren Revision eintrete.
Aber es erklärten:

K. Schumacher, SPD-MdB, Parteivorsitzender, in Freiburg am 25. 1. 1950:
„**Der Kampf gegen die Oder-Neiße-Linie** beruht auf der feierlichen Erklärung, daß wir vor Abschluß eines Friedensvertrages keinen Zustand anerkennen, der durch einen einseitigen Machtakt Stücke von Deutschland abtrennt".

Derselbe in Berlin am 17. August 1951:
„Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt, **die Oder-Neiße-Linie ist unanehmbar als Grenze.** Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen wollen. Wir lehnen es ab, uns in die **Politik des Nationalverrates** und des **Verrates an Menschheitsideen** durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen".

Derselbe in Hamburg am 9. Oktober 1951:
„Nun mag die SED zur Kenntnis nehmen: Das Kernstück des geplanten Friedensvertrages, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wird nicht vorgenommen werden. Jedes demokratisch gewählte Parlament wird eine **solche Zumutung** mit erdrückender Mehrheit **ablehnen".**

Derselbe im Bundestag am 10. März 1950:
„Die Schaffung des Bonner Grundgesetzes hat diese Auffassung von dem **einheitlichen Deutschland,** einschl. der sowjetischen Besatzungszone und einschl. der besetzten Gebiete östlich von Oder und Neiße, in nichts aufgegeben und hat auch nicht einmal den Dolus eventualis einer Aufgabe oder einer Beschränkung gehabt".

Derselbe in einem Aufruf im Berliner „Telegraph" Dezember 1948:
„**Wir kämpfen gegen die Oder-Neiße-Grenze,** die von den Kommunisten und ihrem Anhang voreilig anerkannt wird".

Derselbe in einer Rede in der Universität Köln, Oktober 1945:
„**Deutschland wird nie die Oder-Neiße-Linie** wie sie von den vier Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, **als deutsche Grenze anerkennen.** Wir werden um jeden Quadratmeter deutschen Bodens jenseits dieser Linie mit friedlichen Mitteln kämpfen".

Auszug aus dem Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** vom 31. 7. 1973:

„**Kein Verfassungsorgan** der Bundesrepublik Deutschland **darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit** als politisches Ziel **aufgeben**, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was diese Wiedervereinigung vereiteln wüde".

H. Weinkauff, CDU, ehem. Präsident des Bundesgerichtshofes, im „Rheinischen Merkur", Anfang Dezember 1970:

„Mit dem Grundgesetz ist der Warschauer Vertrag weder für sich genommen, noch in seiner Verflechtung mit dem Moskauer Vertrag und den Vertragsangeboten an die DDR vereinbar".

E. Reuter, SPD-Bürgermeister von Berlin, 1953:

„Welcher Deutsche wird sich wohl bereiterklären, die **Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Es wird sich keiner zu dieser schändlichen Tat finden."**

Deutschland-Magazin, CDU, 1972 Nr. 3, S. 4:

„Wir halten die Mauer und wir halten die Oder-Neiße-Linie, gem. der klaren Verpflichtung im Grundgesetz für **völkerrechtswidrig, ja für verbrecherisch**".

(Diese Äußerung erfolgte nach der Vertragsratifizierung).

K. Adenauer, CDU-MdB, Bundeskanzler, im Bundestag am 20. 9. 1949:

„Wir können uns .. unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrussland und Polen .. einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser deutschen Ostgebiete abfinden .. Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen".

P. Löbe, Alterspräsident des Bundestages im Bundestag am 13. 6. 1950 im Auftrage aller Fraktionen außer KPD:

„Die Behauptung von einer Friedensgrenze an der Oder-Neiße-Linie ist völker- und staatsrechtlich unhaltbar ... **Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands**".

Bundeskabinettserklärung vom 9. 6. 1950:

„Die deutsche Bundesregierung wird sich **niemals mit der** allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden **Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete** (Ostgebiete) **abfinden**".

K. Adenauer, CDU-MdB, Bundeskanzler, Regierungserklärung vom 20. 10. 1953:

„Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestages und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte **Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen.**"

H. Wehner, SPD-MdB, im Bundestag am 14. 9. 1950:

„Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie . . . **Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit.**"

W. Brandt, SPD-MdB, Parteivorsitzender im Bundestag am 18. August 1961:

„Die Bundesrepublik **kann und darf ein Teilungsdiktat nicht anerkennen,** ohne die Verfassung zu brechen."

H. Chr. Seebohm, CDU-MdB, beim Sudetendeutschen-Treffen 1965 in Stuttgart.

„Wir fordern die Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk."

K. U. von Hassel, CDU-MdB, beim Treffen der Landsmannschaft Pommern am 21. 8. 1960, zitiert nach Bulletin des Bundespresseamtes vom 21. 8. 1960:

„Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neisse-Linie; wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahr der Oktober-Revolution in der Welt werden."

L. Erhard, CDU-MdB, Bundeskanzler, am 22. März 1964 auf dem Kongreß der ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn, zitiert in „Zeittafel 1949 – 1969" des Bundespresseamtes S. 137:

„Es gibt **keinen Verzicht** auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie."

H. Chr. Seebohm, CDU-MdB, am 17. Mai 1964 auf dem Pfingsttreffen der Sudeten-Deutschen:

„Weder die Bundesrepublik Deutschland, noch das deutsche Volk können auf Sudeten-Deutsche Heimatgebiete verzichten, und **das Münchener Abkommen hat nach wie vor Gültigkeit.**"

K. Adenauer, CDU-MdB, Bundeskanzler, stellte am 25. 2. 1954 in einer Regierungserklärung zum Ergebnis der Berliner Konferenz fest, die Deutschen würden sich **niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden,** zitiert in Zeittafel 1949 – 1969 des Bundespresseamtes, S. 49.

R. Barzel, CDU-MdB, am 27. 3. 1968 im Bundestag:

„Die Geschichte weist die jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden Ge-

biete seit **Jahrhunderten als deutsches Land aus,** aus dem die deutschen Bewohner zu Unrecht vertrieben wurden."

E. Ollenhauer, SPD-MdB, Parteivorsitzender, zum Tag der Heimat 1954:
„Die SPD wird die Oder-Neiße-Linie **niemals als die endgültige Ostgrenze Deutschlands anerkennen."**

B. Heck, CDU-MdB, in „Welt am Sonntag" am 19. 11. 1967:
„Die sowjetischen Forderungen nach Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als zweiten deutschen Staat, einen Sonderstatus für Berlin und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze Deutschlands außerhalb eines Friedensvertrages **werden wir auf keinen Fall akzeptieren."**

H. von Brentano, CDU-MdB, Außenminister, am 31. 1. 1957 im Bundestag:
„Die Bundesregierung hält daran fest, daß die Verhandlungen hierüber keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand die **Grenzen des Deutschen Reiches am 31. 12. 1937 maßgeblich sind**, und daß das deutsche Volk die **Oder-Neiße-Linie nicht** als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands **akzeptieren kann."**

E. Ollenhauer, SPD-MdB, Parteivorsitzender, nach FAZ vom 9. 2. 1957:
„**Keine Regierung von Teilen Deutschlands dürfe** durch Abmachungen mit ehemaligen Besatzungsmächten **Entscheidungen über diese Fragen** (Grenzen) **vorwegnehmen.** Die Abtrennung von Gebieten, die 1937 Deutschland gehörten, habe nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei erkenne sie weder im Osten noch im Westen an."

W. Brandt, SPD-MdB, Parteivorsitzender, am 21. 7. 1961 auf Münchener Studententagung:
„Die Sowjetunion hat den großangelegten Versuch unternommen, die Nachkriegsphase zu beenden, den heutigen Zustand völkerrechtlich zu zementieren . . . Ich sage es in allem Ernst: Das Schicksal der Demokratie in Deutschland hängt davon ab, daß die Demokraten in dieser Situation nicht versagen. Bei dem heutigen Vorstoß der Sowjetunion geht es nicht darum, daß die Westmächte aus ihrer Verantwortung gedrängt werden sollen. Es geht darum, daß dem deutschen Volk und damit einem Verbündeten des Westens **moralisch das Kreuz gebrochen werden soll.** Ein **derartiges Teilungsdiktat** ist für Deutschland **unannehmbar."**

Rehs, SPD-MdB, am Tag der Heimat am 3. 9. 1967 in Berlin:
„Dazu gehört der Mut, für die **Vollendung der Einheit Deutschlands einzutreten** . . . Deutschland, das ist nicht nur die Bundesrepublik, das ist nicht

nur Mitteldeutschland, dazu gehört auch Ostdeutschland. Deutschland, das ist auch **Königsberg,** das ist auch **Stettin,** das ist auch **Breslau."**

Ph. von Bismarck, CDU-MdB, auf 1. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. 3. 1964 in Bonn:

„Nicht wir beanspruchen russisches Gebiet, sondern die Sowjetunion beansprucht deutsches Gebiet für sich und die Volksrepublik Polen . . . Die hier und da vertretene Begründung, Polen brauche deutsches Land als Ersatz für das an Rußland verlorene Territorium, ist daher nicht Wahrheit, sondern eine Legende. Wahrheit schaffen heißt wissen und aussprechen, daß die Volksrepublik Polen nicht verlorene Westgebiete wiedergewonnen hat, sondern deutsches Territorium verwaltet, das **über 700 Jahre von Deutschen bewohnt und kultiviert wurde** und dessen Grenzen zum großen Teil älter sind als die Entdeckung Amerikas."

J. B. Gradl, CDU-MdB, auf 1. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. 3. 1964 in Bonn:

„Ostdeutschland ist nicht nur die Heimat derer, die von dort vertrieben worden sind, es ist die **Heimat des ganzen deutschen Volkes.** Menschen und Geschlechter aus allen deutschen Landschaften haben über Jahrhunderte hin dort geschaffen und gebaut . . . Wenn es einmal zu Verhandlungen kommt, . . . dann werden wir um jedes Stück ostdeutschen Bodens zäh ringen, ringen mit allen politischen, rechtlichen und moralischen Mitteln."

Rehs, SPD-MdB, am 3. 9. 1967 zum Tag der Heimat in Berlin:

„Berlin ist und bleibt die Hauptstadt aller Deutschen . . . Für kein Volk, das sich seinen geraden und gerechten Sinn nicht durch feindselige Agitation oder herrschsüchtige Ideologien hat verwirren lassen, kann es etwas Natürlicheres geben, als daß auch deutsche Menschen auf deutschem Boden in ihrer alten deutschen Hauptstadt zusammenkommen."

K. Schumacher, SPD-MdB, Parteivorsitzender, am 10. 3. 1950 im Bundestag:

„Die Schaffung des Bonner Grundgesetzes hat diese Auffassung von dem **einheitlichen Deutschland . . . einschließlich der besetzten Gebiete an Oder und Neiße** in nichts aufgehoben und auch nicht einmal den Dolus eventualis einer Aufgabe oder Abschaffung gehabt."

K. G. Kiesinger, CDU-MdB, Bundeskanzler, im Bundestag am 13. 12. 1966:

„Auch diese Bundesregierung betrachtet sich als die **einzige deutsche Regierung,** die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen."

R. Barzel, CDU-MdB, in einer Rede auf dem CDU-Parteitag am 22. 3. 1966:

„**Der Anerkennung** der SBZ als „DDR" gilt **weiterhin unser Nein!** Wir werden weder das Unrecht legalisieren, noch unser Selbstbestimmungsrecht wegwerfen . . . ."

R. Barzel, CDU-MdB, im Bundestag am 28. 1. 1971:

„Dazu sagen wir: **Die Preisgabe des Rechtes** aller Deutschen auf Selbstbestimmung durch die endgültige Etablierung des SED-Regimes mit Hilfe oder Zustimmung der CDU/CSU **kommt für uns nicht in Betracht.** Das widerspräche der Verfassung, unseren Verträgen, den Menschenrechten und dem Willen unserer Landsleute."

J. Ertl, FDP-MdB, im Bundestag am 14. 3. 1968:

„Auf deutschem Boden ist **ein Regime,** das nicht dem Volkswillen entspricht, **nicht anerkennbar** . . . Er (der FDP-Bundesparteitag) ist der Meinung, daß die endgültige Entscheidung über die deutschen Grenzen im Osten erst in einem Friedensvertrag erfolgen kann."

Auszug aus der Klage der **Bayerischen Staatsregierung** vor dem Bundesverfassungsgericht zum Grundvertrag vom 28. 5. 1973:

„**Die Anerkennung der Souveränität der DDR** über Berlin (Ost) **ist verfassungswidrig** . . . **Der Grundvertrag verstößt gegen das Gebot der Wahrung der staatlichen Einheit Deutschlands** . . . **Der Grundvertrag ist** mit dem Wiedervereinigungsgebot des **Grundgesetzes unvereinbar.** Die Hinnahme eines weiteren deutschen Staates auf dem Gebiet des früheren Deutschen Reiches in einem völkerrechtlichen Vertrag verstößt gegen die vom Grundgesetz postulierte staatliche Einheit Deutschlands. Sie bedeutet eine evidente Vertiefung der schon bestehenden Spaltung und verstößt damit gegen das Wiedervereinigungsgebot, zu dessen Inhalt es gehört, die Einheit Deutschlands zu bewahren . . . **Der Grundvertrag ist mit** den Vorschriften des **Grundgesetzes** in Bezug auf Berlin **unvereinbar.**"

F.-J. Strauß, CSU-MdB, in seinem Buch „Entwurf für Europa" S. 81: Aufgabe der Bundesregierung sei es,

„als Treuhänderin für das gesamte deutsche Volk zu handeln und **keines der deutschen Rechte aufzugeben.** Hierzu gehört: Das **Alleinvertretungsrecht** der Bundesregierung für ganz Deutschland; die Beibehaltung der festen Bindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland; die **Wahrung der deutschen Rechtsansprüche** auf seine Gebiete jenseits von Oder und Neiße."

K. G. Kiesinger, CDU-MdB, Bundeskanzler, im Bundestag am 14. 6. 1967:

„Das bedeutet, keine Änderung ihres (der Bundesregierung) Rechtsstand-

punktes, daß eine **Anerkennung** dieses anderen Teiles Deutschland als eines 2. deutschen Staates **nicht in Betracht gezogen werden kann."**

L. Erhard, CDU-MdB, Bundeskanzler, im Bundestag am 10. 11. 1965:
„Die Bundesregierung hält an ihrem **Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen** fest."

Daher ist der Kampf der NPD gegen Verzicht auf deutsches Land und Verrat an deutschen Rechten und ihr Eintreten für die Einheit des ganzen deutschen Volkes nicht verfassungsfeindlich, sondern die Erfüllung des Gebotes des Grundgesetzes.

2. Verzichts- und Erfüllungspolitik, Verrat an deutschem Recht

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie bei der Bonner Ostpolitik von Verzichts- und Erfüllungspolitik spreche.
Aber es erklärten:

K. Schumacher, SPD-MdB, Parteivorsitzender, in einer Rede in Berlin am 17. August 1951:
„Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt, **die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze** . . . Wir lehnen es ab, uns in die Politik des **Nationalverrates und des Verrats an Menschheitsideen,** durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen."

Brandt, Ollenhauer, Wehner, sämtlich SPD-MdB, in einem Grußwort zum Schlesier-Treffen 1963 in Köln:
„Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten? . . Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft."

W. Brandt, SPD-MdB, Parteivorsitzender, in einer Rede zum Tag der Heimat am 5. 9. 65 in Berlin:
„Was die Regierung der Sowjetunion vorschlägt, ist kein Friedensvertrag, sondern ein Teilungsvertrag. Die Konsequenz wäre, **meineidig** zu werden gegenüber den von uns getrennten Landsleuten. Das wird nicht geschehen. . . . Es ist das **Ansinnen zum Verrat** an unseren Landsleuten, zum **Verrat an der deutschen Einheit in Freiheit.** Von uns die Zustimmung zur deutschen Teilung zu verlangen, ist die Erwartung, daß wir uns **ehrlos** machen."

K.-G. Kiesinger, CDU-MdB, im Bundestag am 15. 1. 1970:

„Wenn hier von **„Ausverkauf“** die Rede ist, dann braucht das durchaus keine böswillige Unterstellung zu sein. Es kann auch bedeuten, wenn eine Regierung darauf verzichtet, die nationale und staatliche Einheit zu erstreben, was wäre es anders als eine schreckliche Preisgabe unserer bisherigen Position?“

W. Scheel, FDP-MdB, Außenminister, in einer Ansprache auf dem Moskauer Flughafen am 7. 8. 1970:

„Wir haben von Anfang an klar gemacht, daß es **uns nicht** nur darum geht, **nationale Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten“.**

Darauf erwiderte der Außenminister **Gromyko** der UDSSR:

„Diesbezüglich benutze ich die Gelegenheit und drücke nochmals **meine große Genugtuung aus.“**

Marx, CDU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

Die CDU/CSU bekämpfe die Ostpolitik der Regierung, weil „damit die **Erfüllung der sowjetischen Wünsche**, ihre Hegemonie über Europa zu stärken, erleichtert wird.“

F. J. Strauß, CSU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

„Diese Verträge machen nicht den Frieden sicherer, sondern sie sichern den Sowjets die Rückenfreiheit in der globalen Konstellation.“

F. J. Strauß, CSU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

„Die vorliegenden Verträge **festigen die Herrschaft der Sowjetunion** über den militärischen Bereich hinaus. Sie festigen den Herrschaftsstand der Sowjetunion auch im politisch-psychologischen Bereich . . . Versöhnt werden nur die Machthabenden im Kreml und ihre Satrapen . . . Aber falsche Lagebeurteilung, Ungeduld, selbst gesetzter Erfolgszwang, euphorische Chancen-Beurteilung haben sie zu einem **Gehilfen dieser Spaltungspolitik** werden lassen. Diese Verträge sind ein **Baustein in dem Gebäude der sowjetischen West-Strategie,** auch wenn das als neue deutsche Ostpolitik bei uns ausgelegt wird.“

F. J. Strauß, CSU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

„Leider hat die Bundesregierung durch den Bruch der Gemeinsamkeit den Polit-Strategen **im Kreml geholfen,** die Spaltung der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik einzuleiten.“

Heubl, CSU-MdB, im Bundesrat am 9. 2. 1972:

„Ich war geradezu erschrocken, als der Regierende Bürgermeister von Ber-

lin hier heute in einem Sinne für die Ratifizierung der Verträge argumentiert hat, der sicher den Vorstellungen des anderen Vertragspartners (Sowjetunion) entspricht."

Marx, CDU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

Man machte deutlich,

„wie sehr sich dieses Land bereits im **Sog sowjetischer Politik befindet** . . . Ich füge hinzu, daß sich da sehr deutlich herausgestellt hat, wie sehr diese Ostpolitik zu einem **Instrument der sowjetischen Westpolitik** geworden ist . . . Wer dieses Vertragswerk (Moskauer Vertrag) ansieht, kommt zu dem Ergebnis: Die sowjetischen Interessen sind geregelt, die deutschen sind im Nebel der Erwartungen und Hoffnungen untergetaucht."

R. Stücklen, CSU-MdB, im Bundestag am 23. 2. 1972:

„Aber ein Bundeskanzler Konrad Adenauer hätte niemals seine Unterschrift unter einen solchen Vertrag (Moskauer) gesetzt, der die **Forderung der Sowjets erfüllt** und für die nationalen Anliegen des deutschen Volkes nur wenig bis nichts bringt."

R. Stücklen, CSU-MdB, im Bundestag am 23. 2. 1972:

„Damit sanktioniert der Moskauer Vertrag **die Kriegsbeute Stalins** . . . . Dieser Vertrag trägt **die Handschrift Moskaus** . . . Das zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Bundesregierung einen Vertrag nach den Vorstellungen Moskaus unterzeichnet hat."

Biehle, CDU-MdB, in einem Zwischenruf zur SPD im Bundestag am 24.2.1972:

„Erfüllungsgehilfen"

Marx, CDU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

„Seit 1969 hat allerdings die Bundesregierung begonnen, jene **sowjetischen Forderungen Stück für Stück zu akzeptieren,** . . . Wir sagen, daß damit die **Erfüllung der sowjetischen Wünsche,** ihre Hegemonie über Europa zu stärken, erleichtert wird . . . Eine gewisse politische, nicht besonders durchgeformte Ideologie (die kommunistische) die aus Willy Brandt's Artikeln und Büchern der 30er, ja noch der 40er Jahre spricht, kehrt heute in seine Gedanken ein."

G. Schröder, CDU-MdB, im Bundestag am 23. 2. 1972:

„In Wirklichkeit hat die Regierung **sowjetischen Forderungen,** die jahrelang erhoben worden sind, **entsprochen."**

Bayern-Kurier, CSU, Ende Oktober 1969:

„Brandt als **Kanzler des Ausverkaufs."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, in einer Rede in Vilshofen am 11. 2. 1970, zitiert im „Spiegel" vom 16. 2. 1970:

„Merkt man denn nicht, daß man **Deutschland nicht nur ausverkauft . . .** sondern allmählich verschenkt?"

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" vom 31. 7. 1976, S. 14:

„Die SPD-/FDP-Koalition hat seit 1969 nahezu **allen Forderungen nachgegeben,** die der Kreml seit den Warschauer-Pakt-Konferenzen 1967 – 1969 an Bonn stellte."

Graf Huyn, CSU, in „Der Moskauer Vertrag":

„Der deutsch-sowjetische Vertrag – ein **Triumph des Kremls** – . . . bedeutet praktisch die Übernahme des Fahrplans Ulbrichts zur Schaffung eines kommunistischen Gesamtdeutschlands; . . . **verstößt gegen unsere Verfassung;** . . . bedeutet . . einen Rückfall in eine rein politische Abhängigkeit von Ost und West wie unter dem Besatzungsregime."

CSU-Grundsatz-Programm 1976, S. 68:

„Die SPD/FDP Koalition hat seit 1969 nahezu **alle Forderungen erfüllt,** die die Sowjetunion . . . an Bonn stellte."

ebendort S. 71:

„**Willfährigkeit** gegenüber den Wünschen der kommunistischen Regierungen kann keine Aussöhnung mit den von ihnen unterdrückten Völkern bringen."

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 3, 1972, S. 3:

„Wir wissen aber auch, . . in welch **unwürdiger Weise** sich Bahr und Scheel den Wünschen ihrer kommunistischen Partner beugten und mit welcher an **Kumpanei grenzenden Hinterhältigkeit** Sprachregelungen mit den Sowjets getroffen wurden, um die Verfassungswidrigkeit der Verträge zu tarnen und das deutsche Volk über den wahren Charakter und die tatsächliche Interpretation der Verträge zu täuschen."

Bayern-Kurier, CSU, am 25. 9. 1976:

„Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland als **williges und lautstarkes Sprachrohr** der kommunistischen Diktatoren in Moskau – der politisch-moralische Verfall im freien Teil Deutschlands könnte nicht alarmierender vor aller Augen geführt werden."

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" am 4. 8. 1973:

„Der Sieger von Karlsruhe heißt nicht Bahr, dessen politische Karriere von Anfang an darauf hinauslief, **den Sowjets mehr Nutzen zu bringen** als der Bundesrepublik."

Daher ist die Behauptung der NPD, in Bonn werde Verzichts- und Erfüllungspolitik getrieben, nicht verfassungsfeindlich, sondern durch Tatsachen belegt.

3. Terror, Diktatur, Gewaltherrschaft

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie Terror, Diktatur und Gewaltherrschaft auch so nenne, wo immer sie auch geübt werden.
Aber es erklärten:

R. Barzel, CDU-MdB, im Bundestag am 17. 6. 1969:
„Deshalb sage ich noch einmal: Die Realität der „DDR" ist reaktionär und es gibt deshalb keinen Weg und keine Möglichkeit für irgendeinen Demokraten, diesen **reaktionären Antimenschen-Rechtsweg** als einen möglichen Weg deutscher Politik anzuerkennen."

G. Schröder, CDU, erläßt als Bundesinnenminister am 4. 11. 1959 Richtlinien gegen das Hissen der **„Spalterflagge."**

R. Barzel, CDU-MdB, in „Die Welt" vom 30. 10. 1965:
„Die Nichtanerkennung der Zone und der Oder-Neiße-Linie erfüllt eine europäische Funktion, denn das Schicksal der kommunistisch beherrschten Europäer geht uns etwas an – politisch, historisch und moralisch."

K. U. von Hassel, CDU-MdB, in „Welt am Sonntag" vom 8. 3. 1968:
„Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie würde die kommunistische Seite lediglich veranlassen, zur Tagesordnung überzugehen und weitere Forderungen an die Bundesrepublik zu stellen. Diese alle erfüllen zu wollen, würde nicht zu einer Pax Christi, sondern zu einer **„Pax Sowjetica"** führen."

H. Wehner, SPD-MdB, in „Festschrift zum Deutschlandtreffen der Schlesier" 1963:
„Wir verzichten als Deutsche im freien Teil Deutschlands **auf keinen unserer Ansprüche;** weder auf den, als ein Volk in einem demokratischen Staat zu leben, noch auf den, daß die Grenzen in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes festzulegen sind. Wer eine Deutschland-Regelung für möglich hält, bei der unter dem Druck von Macht und Gewalt **Deutsche heucheln,** auch sie seien damit einverstanden, daß in dem einen Teil Deutschlands russische und in dem anderen Teil andere Prinzipien herrschen, der **legt eine Bombe mit Zeitzünder an den Weltfrieden.** Eine Friedensordnung **mit einer Fixierung der Teilung Deutschlands trägt den Keim des Unfriedens und schlimmstenfalls des Krieges in sich."**

H. J. von Merkatz, CDU-MdB, im Bundestag am 19. 3. 1953 (zitiert von Ehmke, SPD, im Bundestag am 24. 2. 1972):

Bei der Wiedervereinigung gehe es nicht „um eine im Wege des Verhandelns und des Brückenbaues zu schaffenden Ausgleich, sondern um **die Befreiung der besetzten deutschen Gebiete".**

Windelen, CDU-MdB, im Bundestag am 24. 2. 1972:

„Der (Warschauer Vertrag) ist zugleich auch **ein Vertrag zur Erschwerung der deutschen Wiedervereinigung** . . . Er dient lediglich dazu, den gewaltsamen Vormarsch des Kommunismus bis an die Elbe nachträglich zu sanktionieren und festzuschreiben . . ."

W. Brandt, SPD-MdB, zitiert von Marx, CDU-MdB, im Bundestag am 24.2.72:

„DDR ist **„Kerkermeister unseres Volkes"** . . . und **„blutbesudelte Schergen".**"

H. Kohl, CDU-MdB, im Bundesrat am 9. 2. 1972:

„Diese Verträge schaffen unserer Meinung nach zusätzliche Spannungsursachen und sie gefährden das politische Gleichgewicht in Europa. Wir fürchten, sie machen **den Frieden viel, viel unsicherer."**

R. Stücklen, CSU-MdB, spricht im Bundestag am 23. 2. 1972 von **„bolschewistischer Gefahr"** von **„ganz infamer Weise"** der Regierungspropaganda, von **„Verleumdungskampagne"** der SPD gegen CDU/CSU (zitiert in Bulletin des Bundespresseamtes vom 25. 2. 1972 S. 351 ff.).

SPD-Erklärung zur Sudetendeutschen-Frage in Bergneustadt vom 22. 1. 1961, zitiert in „Fakten, Fehler, Folgen" 1970, S. 38:

„Die Vertreibung war widerrechtlich; sie muß auf friedlichem Weg wieder gutgemacht werden . . „Wiedergutmachung der Vertreibung" heißt **„Rückkehr der Vertriebenen",** d. h. Verwirklichung ihres „Rechts auf Heimat". Das „Recht auf Heimat" kann erst dann als verwirklicht gelten, **wenn alle politischen und menschlichen Freiheitsrechte in der Heimat verwirklicht und gewährleistet sind."**

W. Brandt, SPD-MdB, am 13. 8. 1961 im Berliner Abgeordnetenhaus:

„Die vom **Ulbricht-Regime** . . . verfügten und eingeleiteten Maßnahmen zur Abriegelung der **Sowjetzone** und des Sowjetsektors von West-Berlin sind ein empörendes Unrecht. Sie bedeuten, daß mitten durch Berlin nicht nur eine Art Staatsgrenze, sondern die **Sperrwand eines Konzentrationslagers** gezogen wird."

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 6, 1972, S. 12 (als Schlagzeile):
„Chronik sowjetischer Vertragsbrüche".

Bayern-Kurier, CSU, am 2. 10. 1976:
„Die damit verbundene Aufwertung des **Terrorregimes** in Mitteldeutschland ist ein Verrat an den freiheitlichen Grundprinzipien, die aufgrund des Grundgesetzes für das ganze deutsche Volk gelten. Das Fazit der Ostverträge ist negativ."

W. Brandt, SPD-MdB, Parteivorsitzender, 1961, nach „Deutschland-Magazin", Nr. 6, 1972, S. 6:
„Die Sowjetunion hat ihrem **Kettenhund Ulbricht** ein Stück Leine gelassen. . . . Ich halte es in dieser Situation für notwendig, daß vor dem Weltforum der Vereinten Nationen Anklage erhoben wird gegen die **Urheber der Unmenschlichkeit,** die sich auf dem Boden Berlins und auf dem Boden des **Ulbricht-Staates** vollzieht . . . Was sich am 13. August ereignet hat, ist ein Schlag auf die Moral des deutschen Volkes."

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 3, 1972, S. 4 (Nach der Vertragsratifizierung):
„Wir halten die Mauer und wir halten die Oder-Neiße-Linie, gemäß der klaren Verpflichtung im Grundgesetz für **völkerrechtswidrig, ja für verbrecherisch."**

W. Brandt, SPD-MdB, Parteivorsitzender, am 1. Mai 1962:
„Niemand wird uns dazu bringen können, die Mauer anzuerkennen oder gar zu garantieren. Die Mauer ist keine Grenze, sondern eine **Schande;** wer sich mit ihr abfindet, **lädt Schande auf sich."**

Daher ist es nicht verfassungsfeindlich, wenn die NPD Terror, Diktatur oder Gewaltherrschaft auch so nennt, sondern die Wahrheit.

4. Bonner Politik gegen deutsche Interessen

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie den Bonner Parteien eine Politik gegen deutsche Interessen vorwerfe.
Aber es erklärten:

K. G. Kiesinger, CDU-MdB, im Bundestag am 27. 4. 1972:
Die Regierung Brandt sei abzulösen, weil ihre Politik „versagt und den **Interessen unseres Volkes geschadet hat",** ihre Außenpolitik **„weder den Interessen des ganzen deutschen Volkes"** diene, „noch macht sie den Frieden

in Europa sicherer"; die Ostverträge würden „in ihrer jetzigen Form im deutschen Bundestag keine Mehrheit finden".

G. Schröder, CDU-MdB, im Bundestag am 23. 2. 1972:
„Ich bin der Überzeugung, **daß die Interessen Deutschlands** ohne diese Verträge (Ostverträge) besser wahrgenommen werden können."

R. Barré, Französischer Regierungschef, im ZDF vom 5. 10. 1976 zitiert:
„Die französische Regierung richtet sich **einzig und allein nach den Interessen des französischen Volkes."**

W. Scheel, FDP-MdB, Bundesaußenminister, bei Ansprache auf Moskauer Flugplatz am 7. 8. 1970:
„Wir haben von Anfang an klargemacht, daß es uns **nicht nur** darum geht, **nationale Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten!"**

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" am 2. 10. 1976, 1. Seite:
„Unser Land braucht wieder eine Regierung, deren Richtschnur die in den Rahmen des freien Europas eingeordnete **Vertretung deutscher Interessen** ist. Unser Land braucht wieder eine Regierung, die **deutsche Belange** mit Augenmaß und Entschlossenheit vertritt."

Katzer, CDU-MdB, in „Welt am Sonntag" vom 24. 10. 1976, S. 1:
„Es ist abenteuerlich und unerträglich, wie die Bundesregierung und ihr verantwortlicher Minister die **fundamentalen Interessen** von 11 Millionen Rentnern und 22 Millionen Versicherten **vernachlässigen."**

H. Böll, SPD-Wahlredner, zitiert in Deutschland Magazin 1972, Heft 4, S. 25:
„Dort, wo der Staat gewesen sein könnte oder sein sollte, erblicke ich nur einige **verfaulende Reste von Macht,** und diese offenbar kostbaren **Rudimente von Fäulnis** werden mit rattenhafter Wut verteidigt."

G. Grass, SPD-Wahlredner, zitiert in Deutschland-Magazin 1972, Nr. 4, S. 25:
„Der Wahlsieg der CDU ist ein **verlängertes Auschwitz-Verbrechen."**

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 4, 1971, S. 3:
„Es paßt dazu, daß die . . . Bundesregierung . . . nun bereits nach Art der sowjetischen Salami-Taktik immer weitere Rechtsposition gegenüber den sowjetischen Forderungen räumt und sich mit allen Mitteln bemüht, **die Alliierten gegen die deutschen Interessen . . . zu bewegen."**

Daher ist es nicht verfassungsfeindlich, wenn die NPD anderen Parteien ein Handeln gegen deutsche Interessen vorwirft, sondern immer durch Tatsachen belegbare Wahrheit.

5. Gemeinschaft des Volkes

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie für die Gemeinschaft des Volkes als Grundlage des Staates eintrete.
Aber es erklärten:

L. Erhard, CDU-MdB, Bundeskanzler, zitiert in „Preußen", E. Burneleit, 1962, S. 39:

Wir müssen wieder jene „sehr natürlichen Gefühle finden, die den einzelnen mit derjenigen Gemeinschaft weiterer Art verbinden, in die er hineingeboren ist. **Mit Volk, Heimat, Vaterland, Muttersprache, Nationalstaat.** Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, wo man diese Taste, nicht brutal, aber immerhin deutlich genug, anschlagen sollte".

W. Brand, CSU, in „Bewältigung der Vergangenheit", 1964, S. 48:

„Einer der **wichtigsten Lebenskreise ist nun einmal das Volk,** in das jeder einzelne schicksalhaft hineingestellt ist. Da aber das Volk nicht ein bloßer Summationsbegriff, sondern – wie die Familie – eine das Leben des einzelnen **begründete Einheit** darstellt, so sind naturgemäß die Erfordernisse dieser höheren Einheiten vorgeordnet und der Einzelne hat diesen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen" . . . „Der Staat ist nicht nur Nachtwächter".

L. Erhard, CDU-MdB, Bundeskanzler, auf dem CDU-Parteitag am 31. 3. 1965 in Düsseldorf:

„Je deutlicher sich die **Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland** ausgeprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen."

Grundsatz-Programm der CSU 1968:

„Die CSU ist eine politische Aktionsgemeinschaft, die sich der Geschichte, und dem Erbe unseres Volkes und Europas verpflichtet weiß."

Landesverfassung Baden-Württemberg, Art. 12 Abs. 1:

„Die Jugend ist . . . **in der Liebe zu Volk und Heimat** . . . zu erziehen."

Deutschland-Magazin, CDU, 1973 Nr. 6, S. 3, zitiert Prof. W. Weber vor dem Bundestag am 17. 6. 1966:

„Um des **Gedeihens der Gemeinschaft** willen muß jeder zur Beharrlichkeit in den großen übergeordneten Zielen und zur Entsagung bereit sein. Ohne diesen Kodex politischer Tugenden hat nie ein Volk seinen Stand und sein Eigenleben auf die Dauer behauptet."

CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 15:

„Die CSU versteht den Menschen weder als ein vergesellschaftetes noch als ein von menschlichen Gemeinschaften und Politik unabhängiges Wesen."

Windelen, CDU-MdB, in Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung 1969:

„Die Regierungserklärung enthält den für mich rätselhaften Satz: ‚Die Erhaltung des Friedens rangiert noch vor der Frage der Nation'."

Deutsche Zeitung, CDU (Klaus Mehnert) am 18. 2. 1977:

„**Die Schaffung von Nationen** ist nicht nur eine Prestigefrage, sondern nötig **für die seelische Gesundheit.**"

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 4, 1974, S. 25:

„Wir sind der Meinung, daß ein **Volk seine nationale Identität** in Geschichte und Überlieferung, in Sprache und Kultur braucht, wenn es nicht zerfallen soll."

K. Adenauer, CDU-MdB, Bundeskanzler, am 10. 7. 1960 in Düsseldorf auf dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen:

„Es ist richtig, daß ich schon seit einiger Zeit mit großem Bedauern davon in der Öffentlichkeit gesprochen habe, daß das deutsche Volk ein **stärkeres Nationalgefühl** noch nicht entwickelt hat."

Schmücker, CDU-MdB, im Bericht vom Wirtschaftstag der CDU/CSU, Januar 1967, S. 31:

„Es steht gut um eine Sache, wenn Eigennutz und Gemeinnutz identisch sind. Dann braucht man keine Ideologie um den anderen zu überreden. Dann genügt der gute alte Grundsatz: **Jedem das Seine!**"

Ph. von Bismarck, CDU-MdB, Windelen, CDU-MdB u. a., in Resolution des 5. Kongresses der ostdeutschen Landesvertretungen am 3./4. 10. 1970 in Bonn:

„Recht und Freiheit, Sicherheit und Frieden sind für Deutschland gefährdet, wenn sich nicht **jeder Deutsche zur Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes bekennt.** Wer Vorteile zu gewinnen glaubt, indem er die Rechte seiner Mitbürger aufgibt, opfert Menschenwürde, Selbstbestimmung, freiheitliche Ordnung und die Einheit der Nation."

P. Jordan, CDU-MdB, in „Aus Trümmern wurden Fundamente", 1975, S. 18:

„Wir bezeichnen als „Volk" die Menschen gemeinsamer Muttersprache . . . Der Zusammenhang von Kultur und Sprache gehört zu den wenigen Beispielen von Selbstverständlichkeit, an denen kein gesunder Mensch zweifeln wird. Es ist dann aber eine unvermeidbare Folgerung, daß **Völker die eigentlichen Träger von Kulturen** sind, daß der einzelne Kulturschaffende

in besonderem Maße Vertreter und Träger seines Volkstums ist – von der Gesamtkultur seines Volkes getragen und ihm dienend durch sein Schaffen. Die Zeitmode heutigen Denkens pflegt gern die Bedeutung und das historische Gewicht des Begriffes „Volk" zu bezweifeln oder zu verkleinern; und gerade das deutsche Volk unterscheidet sich von allen Völkern Europas durch eine dem Pathologischen nahekommende Neigung zu negativer Selbstbeurteilung."

ebendort S. 19:

„Die unbestreitbare Tatsache, daß Europa heute gefährdet ist, kann nur dann in eine glücklichere Zukunft überführt werden, wenn weithin erkannt wird, daß die Selbstbehauptung jedes freien europäischen Volkes nicht etwa der erhofften Einigung zuwider läuft, sondern im Gegenteil beides sich gegenseitig voraussetzt . . . **Die Vaterlandsliebe jedes freien Europäers** – auch sie ist eine der Selbstverständlichkeiten, die unter dem ständigen Beschuß der Zeitmode stehen – ist die Voraussetzung dafür, daß Europa aus Bausteinen aufgebaut werden kann . . . Der typisch deutsche Hang zu übersteigerter Selbstkritik entspricht nicht etwa einer übertriebenen, aber ehrlichen Bescheidenheit, sondern eher einer Individual-Arroganz mit dem unbewußten Wunsch, auf den Nachbarn verächtlich herabzublicken."

H.-J. von Merkatz, CDU-MdB, in „Aus Trümmern wurden Fundamente", 1975, S. 2:

„**Kulturträchtig** oder empfangend **kann nur eine Gemeinschaft sein**, denn nur so ist Kommunikation als Urgrund schöpferischer Gestaltung möglich."

W. Jaksch, SPD-MdB, auf 1. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. 3. 1964 in Bonn:

„Wir wollen aber auch bedenken, daß der Schlüssel zur deutschen Zukunft in erster Linie bei uns selbst liegt. Es wird auf den Geist unserer Außenpolitik ankommen, auf den Geist unserer höheren Schulen und auch auf die **patriotische Substanz unseres Volkes**, in welchem Ausmaß wir in der Umwelt Gehör finden."

Daher ist das Eintreten der NPD für die Gemeinschaft des Volkes nicht verfassungsfeindlich, sondern Verfassungsgebot und notwendig.

6. Volk als geistige, kulturelle, biologische Einheit

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie das Volk als eine natürliche geistige, kulturelle und biologische Einheit betrachte.
Aber es erklärten:

R. Barzel, CDU-MdB, im Bundestag am 14. 3. 1968, betrachtet „die Nationen als **lebendige Gemeinwesen".**

W. Brand, CSU, in „Bewältigung der Vergangenheit", 1964, S. 47:
„Das darf uns aber nicht hindern, nach einer Zeit heilloser Verwirrung wiederum die **echten und gesunden Wurzeln des Volkstumsbegriffs** klarzulegen."

Derselbe S. 48:
„Jede gesellschaftliche, philosophische und erst recht jede geschichtliche Erkenntnis zeigt, daß es den **„absoluten Einzelnen"** den **„absolut Ungebundenen"**, damit aber auch den **„absolut freien Menschen" überhaupt nicht gibt."**

W. Becher, CSU-MdB, in „Zerissenes Deutschland" 1962, S. 72:
„Das Volk als eine **geistig-biologische Einheit** bleibt im vorpolitischen und vorstaatlichen Bereiche."

Derselbe S. 82:
„Die Menschheit stellt sich nicht als Summe von gleichwertigen Völkerstaaten dar, sondern immer erscheinen zunächst oberste **Völkerkreise mit arteigener Kultur,** arteigenen Staatsformen und Menschentypen, mit arteigener Geschichte."

Derselbe S. 89:
„Aufgrund **religiöser, rassischer, charaktermäßiger Zusammengehörigkeit,** räumlicher Verzahnung, bilden diese Völkergruppen festgefügte Bereiche. Das Bild vom **automistischen Völkerchaos** ist eben falsch."

Daher ist die Vorstellung der NPD vom Volk als einer natürlichen geistig-kulturell-biologischen Einheit nicht verfassungsfeindlich, sondern wissenschaftliche Tatsache.

7. Stärkung des Volksbewußtseins

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie Volksbewußtsein und Nationalstolz stärken wolle.
Aber es erklärten:

Th. Heuß, FDP-MdB, Bundespräsident, zitiert in „Preußen" von E. Burneleit, 1962, S. 53:

„Wie können wir von anderen Nationen Achtung vor uns erwarten, wenn wir sie uns selbst versagen? . . . um die Kraft und Beweglichkeit einer eigenen Politik überhaupt zu bewahren, müssen wir heute den **nationalen Stolz und die Würde in den Gesinnungen** eines verstörten oder abgestumpften Volkes **nicht verkommen lassen.**"

CDU-Broschüre des Landesverbandes Hessen der CDU, Heft Nr. 10, 1976, S. 20.

„Unserem Volk muß wieder in ganzer Breite der **Zugang zu Literatur und Kunst, zu seiner eigenen Geschichte** und deren Einbettung in die Geschichte unseres Kulturkreises erschlossen werden."

CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 11:

„Die CSU weiß sich der Geschichte und dem **geistigen, kulturellen Erbe unseres ganzen Volkes** verpflichtet."

ebendort S. 15:

„Politik soll kulturelles Erbe und volkstümliches Brauchtum lebendig erhalten . . . **Der drohende Verlust des geschichtlichen Bewußtseins** erfordert Mut und Bekenntnis zum kulturellen Erbe."

W. Brandt, SPD-MdB, Parteivorsitzender, zum Tag der Heimat im September 1965:

„Mit Revanchismus hat **das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat** und zum Füreinander nichts, aber auch gar nichts zu tun. Kundgebungen, bei denen um das Recht gerungen wird, die gefährden den Frieden nicht."

F. J. Strauß, CSU-MdB, im Bundestag am 24. 1. 1973:

„Diese Mitte, die sind wir . . . wird durch folgende Grundsätze und Verhaltensweisen bestimmt: . . . 10. von der Fähigkeit, ein **geläutertes Nationalbewußtsein** mit der europäischen Gemeinschaftsaufgabe geistig, moralisch und faktisch zu verbinden."

K. U. von Hassel, CDU-MdB, am Tag der Heimat in Hamburg am 10. 9. 1967:

„Es bedarf daher ständiger Bemühungen, das **gesamtdeutsche Bewußtsein**, das heute sowohl in den Trägern unserer politischen Willensbildung wie in den Organisationen unserer Heimatvertriebenen und Flüchtlinge wach ist, **immer wieder zu aktivieren** . . . . Unser Ziel ist: **Soviel wie möglich von Deutschland zu retten.**"

H. Dichgans, CDU-MdB, in „Das Unbehagen in der Bundesrepublik", 1968, S. 26:

„Als erstes müßte unser Staat mehr **Selbstbewußtsein** entwickeln."

Derselbe S. 29:

„Wenn wir das Staatsbewußtsein des Bürgers stärken, seine Verbundenheit zum Staat festigen wollen, müßten wir also zuvörderst etwas für die **Autorität unseres Staates** tun . . . Der Staat, das Gemeinwesen, hat ein eigenes Lebensrecht."

K. G. Kiesinger, CDU-MdB, Bundeskanzler, auf 3. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen, am 29. 4. 1967 in Bonn:

„Die Kräfte, die wir mobilisieren müssen, um die Lebensinteressen unseres Volkes durchzusetzen, sind unsere eigene moralische Kraft und politische Einsicht, sind Festigkeit und Würde."

E. Franke, SPD-MdB, Bundesminister, in „Kalender 1974" des Gesamtdeutschen Institutes:

„Eine Nation, namentlich die deutsche, wird nicht allein durch Rechtspositionen, Erklärungen von Regierungen und Parlamenten, ihren staatlichen Wirkungsbereich oder aber ihren Kulturraum bestimmt. Ebenso wichtig sind **prägende Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart** . . . Doch neben diesen Faktoren, die zusammen erst zum **Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit** führen, gehört schließlich, daß das Volk „sein Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu einem politischen Willenszusammenhang entwickelt" (Hermann Heller) . . . . Unzweifelhaft existiert also die deutsche Nation weiter."

K. G. Kiesinger, CDU-MdB, Bundeskanzler, am 9. 3. 1968 in Stuttgart vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU:

„Entscheidend kommt es darauf an, daß wir, die Deutschen, die zu einer Nation gehören, hüben wie drüben, mag es auch noch so lange dauern, den Willen behalten, wieder zusammenzukommen!"

F. J. Strauß, CSU-MdB, in „Bild" am 18. 11. 1966:

„Nur ein **Volk mit gesundem Nationalbewußtsein** kann seinen Mann stehen."

L. Erhard, CDU-MdB, Bundeskanzler, zit. in „Preußen" von E. Burneleit, 1962, S. 39:

„Wir müssen wieder jene sehr natürlichen Gefühle finden, die den einzelnen mit derjenigen Gemeinschaft weiterer Art verbinden, in die er hineingeboren ist. **Mit Volk, Heimat, Vaterland, Muttersprache, Nationalstaat.** Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, wo man diese Taste, nicht brutal, aber immerhin deutlich genug, anschlagen sollte."

Daher ist das Eintreten der NPD für eine Stärkung des Volks- und Nationalbewußtseins nicht verfassungsfeindlich, sondern dringend erforderlich.

8. Fortbestehen des Deutschen Reiches

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie noch vom „Deutschen Reich" spreche und sein Fortbestehen betone.
Aber es erklärten:

H. Ehlers, CDU-MdB, Bundestagspräsident, zitiert in „Preußen" von E. Burneleit, 1962, S. 47:

„Vielleicht ist uns noch niemals so wie heute vor Augen geführt worden, daß **die Idee des Reiches** nicht eine leere Form ist, sondern ein lebendiger Anspruch des Menschen um des Menschen willen. Ich möchte sogar sagen, daß das Verhalten unseres Volkes in der Frage der deutschen Einheit . . . die eigentliche Bewährungsprobe für die Lebendigkeit und Kraft der **Idee des Reiches** überhaupt ist."

K. Schumacher, SPD-MdB, Parteivorsitzender, in „Richtlinien eines Programmes", Herbst 1945:

„Das deutsche Volk kann und darf nicht darauf verzichten, **sein Reich als nationales und staatliches Ganzes** zu behaupten. Die SPD ist auch deshalb die schärfste und unnachsichtigste Feindin aller Separationsbestrebungen, weil Idee und **Tatsache des Deutschen Reiches** für die arbeitenden Massen nicht nur nationalpolitisch, sondern auch klassenpolitisch eine Notwendigkeit sind. Der Potsdamer Deklaration zum Trotz regt sich der Separatismus in allen westlichen Reichsgebieten . . . Demgegenüber hat die SPD die Aufgabe in allen ihren politischen Handlungen den **Zusammenhalt des Reiches** und die **Schaffung einer zentralen Reichsgewalt** für die Zukunft im Auge zu haben."

C. Schmid, SPD-Mitglied, im Parlamentarischen Rat am 12. 10. 1948:

„Wir haben immer wieder festgestellt, Deutschland ist das ganze Gebiet, das seinerzeit durch die Weimarer Verfassung als deutsches Staatsgebiet errichtet worden ist."

K. Schumacher, SPD-MdB, Parteivorsitzender, in „Nach dem Zusammenbruch" 1948, S. 12:

„**Das Deutsche Reich** wird als staatliches und nationales Ganzes erhalten bleiben! **Wir können und wollen nicht verzichten** auf das fundamentale Grundrecht, das die Welt jedem Volk zubilligt."

Derselbe auf dem SPD-Parteitag im Mai 1946:

„**Wir bekennen uns** als SPD mit allem Nachdruck **zu einem einheitlichen Deutschen Reich.**"

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" vom 25. 6. 1965:

„Ich habe in meinen Gesprächen in den USA dargelegt, daß die Bundesrepublik Deutschland mit allen politischen Mitteln um die Wiederherstellung der **Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 ringen wird."**

K. G. Kiesinger, CDU-MdB, auf dem Sudetendeutschen Tag 1965 in Stuttgart:

„Es ist noch eine durchaus offene Frage, wann und wie es uns gelingt, die Trümmer des **alten Bismarck-Reiches** wieder zusammenzufügen. In dem Augenblick, . . . da sich kommunistische Tyrannei über ein Land ausbreitet, wird es uns fremd."

E. Gerstenmaier, CDU-MdB, Bundestagspräsident, im Bundestag am 18.1.61 zur Gründung des Deutschen Reiches,

„das auch durch die Katastrophe des 2. Weltkrieges und der Teilung Deutschlands bis zum heutigen Tage nicht aufgehört hat zu bestehen. Auch in seiner Verstümmelung und Erniedrigung ist **das Deutsche Reich das gemeinsame Vaterland der Deutschen** geblieben."

F. Goppel, CSU-Ministerpräsident in Bayern, im Bundesrat am 9. 2. 1972, Protokoll S. 438:

„Personell wäre Deutschland noch viel größer (als Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik und Österreich) und viele gibt es, die dazu stehen."

Bundesverfassungsgericht, Band 6, S. 338:

„**Das Deutsche Reich . . bestand auch nach 1945 weiter** . . . so ist doch die BRD identisch mit dem Deutschen Reich."

H. von Brentano, CDU-MdB, Außenminister, am 28. 6. 1956 im Bundestag:

„In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie (die Bundesregierung) immer wieder darauf hingewiesen, **daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht** und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden."

Daher ist das Eintreten der NPD für das Fortbestehen des „Deutschen Reiches" nicht verfassungsfeindlich, sondern unabdingbares Verfassungsgebot.

9. Fremdarbeiterinvasion

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie sich gegen die Masseneinwanderung von Ausländern wende und vor den Nachteilen zu großer Ausländeranteile an der Bevölkerung warne.
Aber es erklärten:

CDU-Landesregierung Baden-Württemberg in der Denkschrift des Landes zu Ausländern, ca. 1975, S. 7/8:

„Wie in anderen Industriestaaten wird auch hier erkannt, daß ein dicht besiedeltes Land **die Aufgaben eines Einwanderungslandes nicht erfüllen kann.** . . . Angesichts der **wachsenden ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme** erscheint eine Neuorientierung der Ausländer-Politik unausweichlich. **Das Prinzip der Rückwanderung** . . . **liegt im wohlverstandenen Interesse des Landes."**

Dieselbe Denkschrift, S. 16:

„Der Ausländer-Anteil (an der Kriminalität) ist daher höher, als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung (19 % gegen 10 %)."

Dieselbe Denkschrift, S. 34/35:

„Zur ständigen Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen für ausländische Arbeitnehmer wurden wachsende Investitionen notwendig . . . **Die Arbeitsplatzproduktivität der ausländischen Arbeitskräfte ist geringer als bei den deutschen Arbeitnehmern."**

Dieselbe Denkschrift, S. 37:

„Jedoch treten mit wachsender Aufenthaltsdauer der Ausländer längerfristig Umschichtungen in der Altersstruktur der Ausländer ein, die **für die Krankenversicherungen einen steigenden Kostenaufwand zur Folge haben** dürften. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die künftige Rentner-Generation unter den Ausländern einen **Rentenberg verursachen wird,** den eine spätere aktive Inländer-Generation tragen muß."

Dieselbe Denkschrift S. 40:

„**Der Gesamtbedarf** für Wohnungen, Kindergärten und Schulplätze, für Krankenhausbetten **für Gastarbeiter geht in die Milliarden.** Auch die **wachsende Rentenlast der Rentenversicherungen** durch die Ausländer-Beschäftigung ist nicht zu übersehen. Außerdem hat die Ausländer-Beschäftigung zu Verzerrungen in der Beschäftigten-Struktur sowohl in regionaler als auch in sektorialer Hinsicht geführt . . **Diese negativen Faktoren** würden sich bei Fortsetzung der bisherigen Ausländerpolitik, die unzweifelhaft zu einem weiteren, erheblichen Anwachsen von Ausländerbeschäftigten und

Ausländerbevölkerung bei einer insgesamt längeren Aufenthaltsdauer führen würden, verstärken."

Dieselbe Denkschrift, S. 57/58:

„Das verhältnismäßig dicht besiedelte Land Baden-Württemberg ist auch bei bestem Willen **nicht in der Lage, die Aufgaben eines Einwanderungslandes zu erfüllen.** . . Hinzu kommen **rasch wachsende gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme.** . . Die künftige Ausländerpolitik sollte auch **das Rückwanderungsprinzip in den Vordergrund stellen.** Die künftige Anwerbepolitik sollte von dem Gesichtspunkt beherrscht sein . . . daß die **Aufenthaltsdauer des Ausländers grundsätzlich auf die Zeitdauer von höchstens 5 Jahren begrenzt ist. Die Einbürgerung sollte daher weiterhin auf Einzelfälle beschränkt bleiben."**

Kulturkommission der XI. Europäischen Kommunalkonferenz in Straßburg 1975:

„Vorrangiges Ziel der europäischen Regionalpolitik sollte es sein, Investitionen zu fördern, um Arbeitsplätze in denjenigen Regionen Europas zu schaffen, die Arbeitnehmer heute aus Mangel an Arbeitsmöglichkeiten verlassen, um in Industriestaaten zu arbeiten." (Das entspricht genau dem NPD-Programm.)

CSU-Grundsatzprogramm 1976, S. 51:

„Auf lange Sicht ist . . **eine Verringerung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland anzustreben."**

Bund-Länder-Kommission, in „FAZ" vom 17. 2. 1977:

„Die Bund-Länder-Kommission hat sich auf folgende Grundpositionen der künftigen Gastarbeiterbeschäftigung verständigen können: **Die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland,** nach mehr oder weniger langem Aufenthalt müßten die Ausländer **freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren.** Der seit 1973 geltende **generelle Anwerbestopp müsse uneingeschränkt aufrechterhalten werden.** . . Während der damalige Bundesarbeitsminister Arendt (SPD), unterstützt von zahlreichen Länderministern, einer **Begrenzung des Familienzuzuges** das Wort redete, sprach sich Innenminister Maihofer (FDP) gegen jede Einschränkung aus."

Weng, CDU-MdL, Staatssekretär, in „Schwäbisches Tageblatt", Tübingen, vom 18. 3. 1976:

Die Befürworter des Daueraufenthaltes von Gastarbeitern in Deutschland müßten „die ganzen Konsequenzen einer Sieben-Kulturen-Gesellschaft samt Internationalisierung der Bundesrepublik Deutschland" in Kauf nehmen.

Daher ist das Eintreten der NPD für die Beschränkung der Zahl der Ausländer in Deutschland nicht verfassungsfeindlich, sondern politische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit.

10. Entwicklungshilfe

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie sich gegen eine falsch angelegte Entwicklungspolitik wende.
Aber es erklärten:

Bayern-Kurier, CSU, am 2. 10. 1976:
„Entwicklungshilfe-Gelder vorzugsweise für die Parteigänger des Kreml" (Schlagzeile). „In der „Dritten Welt" setzt Egon Bahr seine Ostpolitik im fatalen Geist von Oreanda fort. **Moskaus Satelliten** in Afrika und Asien **können bevorzugt mit Entwicklungshilfe** aus dem bundesdeutschen Steuersäckel rechnen."

Deutschland-Magazin, CDU, 1971, Heft 4, S. 6:
„Entwicklungshelfer als Revolutionäre? Steuergelder für kommunistischen Umsturz – Minister Epplers ideologische Entwicklungshilfe."

Bayern-Kurier, CSU, vom 10. 4. 1976:
„Polen-Rüstung mit unserem Geld?"

Bayern-Kurier, CSU, am 2. 10. 1976:
„Die UNO taugt nichts! Was der verzweifelte Generalsekretär Waldheim Böses über die internationale Organisation berichtete . ., brachte nur noch die letzte Bestätigung. Daß die Vereinten Nationen nichts ausrichten, ihren Beschlüssen meist keine Wirksamkeit verleihen können und deshalb **nur als streitbarer Debattierklub** gelten, das alles war weltbekannt. Aber daß die Delegierten nicht einmal mehr ihre **Palaver- und Sitzungspflichten** richtig wahrnehmen, lieber feiern, als sich um Weltfrieden und internationale Zusammenarbeit zu kümmern, was doch eine dankbare Aufgabe sein sollte, wurde nun der Erdöffentlichkeit kundgetan. . . . Auch **die zahlende Bundesrepublik könnte mit dem ersparten Geld Sinnvolleres finanzieren."**

Daher ist die Kritik der NPD an der falsch angelegten Entwicklungshilfe nicht verfassungsfeindlich, sondern wirtschaftlich gerechtfertigt.

11. Starker Staat mit Autorität

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie für einen starken Staat eintrete. Aber es erklärten:

H. Schmidt, SPD-MdB, Bundeskanzler, am 23. 9. 1974 vor dem 50. Juristentag in Hamburg:

„**Nur ein starker Staat** kann die Aufgaben der modernen Industriegesellschaft bewältigen. Der Staat darf nicht zum **Spielball gruppenegoistischer Interessenpolitik degenerieren,** weil er dann nicht mehr Sachwalter des Gesamtinteresses ist."

Stark, CDU-MdB, in Nürtinger Zeitung vom 1. 10. 1976:

„Unser Staat ist zu lasch."

H. Kohl, CDU-MdB, im ZDF vom 3. 10. 1976:

„Wir brauchen eine **starke Regierung"** und „Die Verhältnisse erfordern eine **starke Regierung."**

W. Scheel, FDP-MdB, am Drei-Königs-Treffen der FDP am 6. 1. 1969, zitiert nach Zeittafel 1949 – 1969 des Bundespresseamtes, S. 215:

„Unser Ziel ist heute nicht mehr ein bescheidener Anteil an der Macht, **sondern die Macht selbst."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, in „Bayern-Kurier" am 2. 10. 1976:

„Denn nur **ein starker Staat** ist in der Lage, die Freiheit jedes einzelnen Bürgers zu garantieren."

H. R. Laurien, CDU-Kultusminister in „Sozialistische Erziehungsziele – Ende der persönlichen Freiheit", Seewald, Stuttgart, 1974, S. 28:

„Wenn wir von Freiheitlichkeit reden, müssen wir auch wieder gründlich und deutlich von **Autorität** reden."

H. Dichgans, CDU-MdB in „Das Unbehagen in der Bundesrepublik", Econ, Düsseldorf, 1968, S. 29:

„Wenn wir das Selbstbewußtsein des Bürgers stärken, seine Verbundenheit zum Staat festigen wollen, müssen wir also zuvörderst etwas für die **Autorität des Staates** tun."

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Münchner Merkur" vom 28. 7. 1966:

„Ich weigere mich, den Grundsatz der Freiheit der Tarifpartner zu einem lebenswichtigen Bestandteil unseres Rechtsstaates zu erklären. Der Staat muß das Recht haben, auftretende Störungen, Ungleichgewichtserscheinungen, durch vorübergehende Intervention zu beseitigen."

H. Dichgans, CDU-MdB, im Bundestag vom 16. 12. 1966:

„Ein Staat ist mehr als ein Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt seiner Mitglieder . . . **Ein vitaler Staat** gibt seinen Bürgern Leitziele, Idealvorstellungen, für die es sich lohnt, Opfer zu bringen, und für die der Bürger auch bereit ist, Opfer zu bringen!"

F. J. Strauß, CSU-MdB, auf dem CSU-Parteitag 1976, zitiert in „Bayern-Kurier" vom 3. 7. 1976, S. 18:

„Deshalb muß ein liberaler Staat ein **starker Staat sein und kein Nachtwächterstaat."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, in „Süddeutsche Zeitung" vom 23./24. 7. 1966, spricht von der **„Führung des Staates"**, sie erfordere „ein Management, das der modernen industriellen Führung von heute stärker angeglichen wird".

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" am 2. 10. 1976, S. 1:

„Die CSU ist für unnachsichtiges Vorgehen gegen Terroristen und ihre Helfershelfer, weil nur ein **starker Staat** ein freiheitlicher und liberaler Staat sein kann."

SPD-Orientierungsrahmen 85, SPD-Bundeskanzler Schmidt, Erläuterungen in „Bruchsaler Rundschau" vom 4. 2. 1975:

„In dem Papier heißt es dazu u. a., der Staat könne die Wirtschaft nicht sich selbst überlassen, oder sich auf die Beseitigung wirtschaftlicher Fehlentwicklungen beschränken. Vielmehr seien **stärkere staatliche Eingriffe in die Wirtschaft** nötig."

H. Dichgans, CDU-MdB, in „Das Unbehagen in der Bundesrepublik", 1968, S. 30:

„Ein Schiff bedarf der **Führung** . . . Beim Staat kann es nicht anders sein. Die Kernaufgabe jedes politischen Systems besteht darin, die wichtigsten Persönlichkeiten . . . . für die Staatsführung zu gewinnen."

CDU-Programm (Regierungsprogramm 1972):

„Wir bekennen uns zur **Autorität des Staates."**

Daher ist die Forderung der NPD nach Stärkung der Staatsautorität nicht verfassungsfeindlich, sondern staatspolitisch richtig und klug.

12. Änderung der Bonner Politik

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie die Regierungspraxis in Bund und Ländern kritisiere und für Veränderungen eintrete.
Aber es erklärten:

Stark, CDU-MdB, in „Nürtinger Zeitung" vom 2. 10. 1976:
„Sie (die CDU) ist heute die einzig geschlossene Partei mit einem klaren Programm und dem Willen, in unserer Bundesrepublik einen **Neubeginn in** der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik zu bewerkstelligen."

Deutsche Jungdemokraten, Landesdelegierten-Konferenz am 11. 1. 1975, Antrag des Kreisverbandes Dortmund:
„Die DJD begreifen als langfristiges Ziel die **grundsätzliche Überwindung der herrschenden Verhältnisse** . . . Die Verteidigung der fortschrittlichen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution gegen die Konterrevolution wird nur in einer **Volksfront** möglich sein."

Vetter, DGB, in einer Rede am 10. 9. 1970 in Berlin vor dem Kongreß der Gewerkschaft Nahrungsmittel, Genuß, Gaststätten:
„Wir wollen die **Gesellschaft ändern."**

Deutscher Industrie- und Handelstag in „Die Welt" vom 2. 3. 1966:
Kritisiert Praxis des Bonner Parlamentes und tritt ein für eine **„Stärkung der Macht des Bundeskanzlers** sowohl innerhalb der Bundesregierung, als auch gegenüber dem Parlament".

H. Wehner, SPD-MdB, in „Die Welt" vom 1. 4. 1963:
„Mir scheint es wichtig, das Mehrheitswahlrecht nach englischem Muster einzuführen. **Alle noch bestehenden Hemmungen sollten überwunden werden."**

H. Dichgans, CDU-MdB, in „Das Unbehagen in der Bundesrepublik Deutschland" 1968, S. 267 – 270:
Fordert Einschränkung des Bundesförderalismus und **zentralere Regelungen.**

CDU-Programm 1971, Nr. 29:
„Wir wollen ein **bundeseinheitliches Bildungssystem."**

FDP-Wahlplattform vom 25. 6. 1969:
„Nach 20 Jahren werden Schwächen in der Verfassung sichtbar; deshalb muß die Verfassung auf diese Schwächen hin überprüft werden. **Änderun-**

gen an der Verfassung dürfen nicht weiterhin zusammenhangloses Stückwerk bleiben."

Gleiches Wahlprogramm:

„Die FDP fordert eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes auch im Schul- und Hochschulwesen sowie die Zusammenfassung der Bildungsaufgaben des Bundes in einem erweiterten Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Bildung."

Ebenso äußerte sich **Außenminister Genscher** im ZDF am 30. 9. 1976.

Freiburger Thesen der FDP vom 27. 10. 1971:

„Diese neue Frage der Demokratisierung und Liberalisierung . . . entspringt aus dem **gewandelten Verständnis der Freiheit."**

H. Dichgans, CDU-MdB, schreibt ein ganzes Buch über „Das Unbehagen in der Bundesrepublik", Econ, Düsseldorf, 1968, S. 23:

„Die Politik der Bundesrepublik steht also vor einem geistigen Vakuum."

ebenso S. 26:

„Kein anderes Land der Welt hat ein so riesenhaft ausgebautes System von Rechtsbehelfen, Verwaltungsklagen, Beschwerdezügen und Aufsichtsinstanzen, die in ihrer Summe allmählich jede Autorität untergraben."

ebenso S. 263:

„Aber unsere Justiz verband (nach 1945) sich bewußt die Augen und repetierte formelhaft den Wortlaut des heiligen Textes . . . Das Bundesverfassungsgericht, das die Augen vor allen Wandlungen der Umwelt so gewaltsam verschließt, zeigt jedoch eine erstaunliche Bereitschaft, neuen juristischen Einfällen seiner Mitglieder zu folgen."

H. R. Laurien, CDU-Kultusminister, in „Sozialistische Erziehungsziele – Ende der persönlichen Freiheit", Seewald, Stuttgart, 1974, S. 37:

„Vielleicht war es ein Fehler, daß die Schule in den letzten Jahrzehnten leicht einem falschen Objektivitätsbegriff verpflichtet war, in dem unterschiedliche Haltungen wie unterschiedliche Kaffeesorten nebeneinander ausgewiesen wurden."

CDU-Broschüre „Bildung in Freiheit", Wiesbaden, 1976, S. 5:

„Nie zuvor wurde es so deutlich wie heute empfunden, daß unser Bildungssystem unter **Fehlentwicklungen und Sinnentstellungen** leidet . . . Es setzte sich die Erkenntnis durch, daß unsere Bildungseinrichtungen auf ihren verschiedenen Ebenen an Qualität verloren haben."

ebenso S. 6:

„Es ist Zeit, **Irrtümer und Fehlentwicklungen** einzugestehen, weil nur so eine gute Grundlage für die Zukunft gewonnen werden kann."

P. Scholz, CDU-MdL, auf Flugblatt 1972, Düsseldorf:

„Mitbürgerinnen und Mitbürger! Machen auch Sie Ihren Einfluß geltend, wo Sie nur können, daß das deutsche Volk über diese ungeheuerlichen Folgen der (Ost)Verträge aufgeklärt wird und mit allen Mitteln gegen die Ratifizierung protestiert. Das von Wehner angekündigte „Desaster" kann niemals so schlimm ausfallen, wie die Folgen der Ratifizierung!"

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" am 2. 10. 1976, S. 1:

„Seit 1969 wird dieses staatliche, wirtschaftliche und soziale **Fundament systematisch zerstört** . . . Damit die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen, auf denen unser Staat und auf denen jede Politik ruhen, nicht endgültig zerstört werden, muß vordringlich in diesem Bereich wieder Ordnung geschaffen werden. . . Schon diese Tatsachen machen die Zeit für einen **grundsätzlichen Wandel in der deutschen Politik reif** . . . Unser Land braucht wieder eine Regierung, deren Richtschnur die in den Rahmen des freien Europas eingeordnete **Vertretung deutscher Interessen** ist. Unser Land braucht wieder eine Regierung, die **deutsche Belange** mit Augenmaß und Entschlossenheit vertritt."

Daher ist die Kritik der NPD an der Regierungswirklichkeit in Bund und Ländern nicht verfassungsfeindlich, sondern gutes Recht und Pflicht jeder Opposition.

13. Volkswahl des Bundespräsidenten

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie für die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk eintrete.
Aber es erklärten:

Wahlplattform der FDP vom 25. 6. 1969:

„Der Bundespräsident ist Repräsentant des ganzen Volkes. **Deshalb muß er von den Bürgern — in direkter Wahl — gewählt werden."**

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird ebenfalls vom Volk gewählt.

W. Scheel, FDP-MdB, Bundespräsident, nach „Stuttgarter Zeitung" vom 19. 11. 1976:

„In dieser Kompetenzverteilung falle dem Bundespräsidenten die Aufgabe zu, **„den Gesamtstaat in allen seinen Aspekten nach innen und außen"** zu repräsentieren."

Daher ist die Forderung der NPD nach Volkswahl des Bundespräsidenten nicht verfassungsfeindlich, sondern staatspolitisch zweckmäßig.

14. Volksentscheid

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie für Volkgsbegehren und Volksentscheid eintrete.
Aber es erklärten:

Wahlplattform der FDP vom 25. 6. 1969:
„Wenn Parlament und Regierungen ein wichtiges Problem nicht anfassen, müssen die Bürger sie durch **Volksbegehren** dazu zwingen können."

In der Schweiz finden Volksabstimmungen und Volksbegehren häufig statt; kein Mensch käme auf die Idee, deshalb die Schweiz als autoritären Führerstaat zu bezeichnen.

Herzog, CDU-Staatssekretär, in seiner Arbeit „Allgemeine Staatslehre" spricht sich ebenfalls für den **Volksentscheid** aus und kritisiert die Praxis im Grundgesetz.

Das Grundgesetz sieht Volksabstimmung und Volksbegehren in einigen Fällen vor, ebenfalls einzelne Landesverfassungen.

Daher ist die Forderung der NPD nach Volksentscheid und Volksbegehren nicht verfassungsfeindlich, sondern dient der Stärkung der Demokratie.

15. Kampf gegen linke Kulturrevolution

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie sich gegen die linke Kultur- und Gesellschaftsrevolution wende.
Aber es erklärten:

K. Carstens, CDU-MdB, auf dem CSU-Parteitag 1976, zitiert im „Bayern-Kurier" vom 3. 7. 1976, S. 21:

„Wir wollen nicht, daß das staatliche Schulmonopol zur Indoktrinierung unserer Jugend mit **marxistischen und sozialistischen Thesen** mißbraucht wird. Wir wenden uns dagegen, daß das freiheitliche Bild der deutschen Geschichte zerstört und zu Gunsten eines **marxistisch-sozialistischen Bildes** umverfälscht wird."

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" vom 3. 7. 1976, S. 19:

„Das ist der Sinn marxistischer Apparaturen in den sozialdemokratisch beherrschten Kultusministerien der Herren von Friedeburg, von Oertzen, Girgenson; das ist doch der Sinn gewisser **kommunistischer oder marxistischer Lehrer-Ausbildungsinstitutionen."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern-Kurier" vom 3. 7. 1976:

„Wenn einmal eine junge Generation von dem **Gift der sozialistischen Utopien** erfüllt wäre, . . . bringen wir das nie mehr in Ordnung. Dann wäre es höchste Zeit, diesen Jugendverderbern in den Arm zu fallen, und mit dieser Art Bildungspolitik bei uns Schluß zu machen."

F. J. Strauß, CSU-MdB, auf dem CSU-Parteitag am 4. 11. 1972:

„Die Entscheidung, die wir zu treffen haben, liegt zwischen dem Weg der sozialen Marktwirtschaft auf der einen Seite und der marxistischen Planwirtschaft auf der anderen Seite. Die Entscheidung liegt zwischen Erhaltung und Ausbau des demokratischen Rechtsstaates oder zwischen **zunehmender Rätestaatlichkeit.** Die Entscheidung liegt zwischen parlamentarischer Demokratie oder einer **kollektiven Form des funktionärsgesteuerten demokratischen Sozialismus."**

H. Czaja, CDU-MdB, in einer Rede am 10. 10. 1976 auf dem Ost-Westdeutschen Autoren-Treffen in Konstanz:

„Nun möchten wir in einem Gesprächskreis dem Kampf gegen den **Verfall des Wertbewußtseins,** dem Kampf gegen eine **unterschwellige Kulturrevolution** . . . weitere Impulse geben . . . Aber das bedeutet auch, daß wir nicht ständig unser eigenes Volk öffentlich auspeitschen und die ihm zugefügten Ungerechtigkeiten verschleiern können."

S. Ernst, CDU-Bürgerinitiativen-Leiter und Synodaler, in einer Anzeige der „Nürtinger Zeitung" vom 30. 9. 1976:

„Evangelische Christen! Stoppt die **Zerstörung der geistigen und moralischen Grundwerte im Leben unseres Volkes.** Politik und Gesetzgebung der SPD-FDP-Koalition . . brachten uns:

1. Die **Zerstörung der Würde der Frau und der Familie** . . .
2. Die **Zerstörung der Achtung vor dem Leben . . .**

3. Ostverträge, durch welche jahrelange Forderungen des antichristlichen Ostblockes erfüllt wurden . . ."

F. J. Strauß, CSU-MdB, in einer Rede in München am 13. 7. 1974:
Er arbeitet dafür,
„daß Bayern frei bleiben wird und **Deutschland vom Marxismus wieder befreit wird!"**

CDU-Bundesleitung in Argumente, „Bildungsinhalte", 1/7 74 V 50, 1976:
„SPD-Rahmenrichtlinien als Verkündung **marxistischer Gesellschaftsordnung."**

CDU-Broschüre Landesverband Hessen, Heft Nr. 10,1976, S. 19:
„War es einst höchstes Ziel der Volksbildung, anspruchsvolle Dichtung für breite Schichten zu erschließen, so setzt die radikale Gegenaufklärung der Linken alles daran, die Schätze der Literatur- und Geistesgeschichte dem Volk vorzuenthalten. Das bedeutet nicht nur Einengung des Horizontes und Provinzialisierung. Es bedeutet Verfinsterung. Die radikalen Linken . . haben in Wirklichkeit . . eine geistige Knechtschaft gegründet."

Im selben Heft auf S. 17/18:
„Historische Bildung, die Einführung in das Werden und Entstehen unseres Kulturkreises, das Innewerden der gewachsenen Kultur Deutschlands und Europas oder auch nur eine **heimatliche Verwurzelung** – das alles erlag (in den letzten Jahrzehnten) lautstark vertretenen Vorurteilen. Daß im Zeichen dieser (linken) Bildungsauffassung **das Bewußtsein der nationalen Identität** verkümmern mußte, ist offenkundig. Es ging aber noch sehr viel mehr verloren."

Daher ist der Kampf der NPD gegen die linke Kulturrevolution nicht verfassungsfeindlich, sondern dient der Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

16. Filzokratie und Korruption

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie anderen Parteien Filzokratie und Korruption vorwerde.
Aber es erklärten:

Bayern-Kurier, CSU, vom 11. 8. 1973:
„Brandt, ein Bundeskanzler, der durch **Stimmenkauf** an der Macht blieb."

R. Löwenthal, CDU-Fernsehmoderator, spricht im ZDF am 3. 10. 1976 von **„Filzokratie und Korruption bei der SPD."**

R. Barzel, CDU-MdB, im ZDF vom 4. 10. 1976:
„In Zukunft sei für die CDU der Wahlkampf in NRW leichter, wenn sie mehr Landratsposten habe und genügend Inspektorenstellen vergeben könne."

K. Biedenkopf, CDU-MdB, wirft den Gewerkschaften **„Verfilzung"** mit der SPD vor. Der Bundeskanzler (SPD) wirft der CDU **„Verfilzung"** mit dem Springer-Konzern vor. Der Sprecher der CDU Pruys nennt Genscher's Äußerungen dazu „blühenden Blödsinn". (Zitate nach Nürtinger Zeitung vom 27. 9. 1976, S. 2).

CDU-Wahlanzeige in „Westdeutsche Allgemeine" vom 16. 9. 1976:
„Das ganze Ruhrgebiet ist eine **Brutstätte für kommunale Ämterpatronage.** (Zitat von Bundeskanzler Schmidt, Die Welt, 17. 1. 75)"

CDU-Wahlanzeige in der „Westdeutschen Allgemeinen" vom 27. 9. 1976:
„Damit . . Mittelmäßigkeit und **Filzokratie** ein Ende haben . . ."

Deutschland-Magazin, CDU, 1972, Nr. 4, Schlagzeile auf der Titelseite:
„**Bankrott** des Bonner Systems."

Das gleiche Blatt auf S. 6:
„**Grundgesetzwidrige Manipulationen** der SPD."

Das gleiche Blatt auf S. 10:
„Der größte **Korruptions-Skandal** in der BRD. In welchem Umfange das Bonner Regime sich bereits als Parteienstaat fühlt."

Daher ist der Vorwurf der NPD, bei anderen Parteien herrsche Filzokratie und Korruption, nicht verfassungsfeindlich, sondern durch Tatsachen belegt.

17. Lüge, Betrug, Diffamierung

Die NPD sei verfassungsfeindlich, wenn sie anderen Parteien Lüge, Betrug oder Heuchelei vorwerfe.
Aber es erklärten:

H. Schmidt, SPD-MdB, Bundeskanzler, nach „Nürtinger Zeitung" vom 2. 10. 1976:

„die CDU sei **„Brandstifter, Verbrecher, Sicherheitsrisiko, lebensgefährlich".**

Stark, CDU-MdB, in „Nürtinger Zeitung" vom 2. 10. 1976:

„Bei Ihrer Wahlentscheidung . . . sollten Sie aber auch bedenken, ob Sie einer Partei wie der SPD wieder Vertrauen geben wollen . . deren Kanzler im Wahlkampf seine **„staatsmännische Maske" abgelegt** hat und in unübertrefflicher **Arroganz und Polemik** und einen für einen Kanzler äußerst **miserablen Stil** versucht hat, die CDU/CSU zu verunglimpfen, ja **zu kriminalisieren."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, im ZDF am 30. 9. 1976:

„Bundeskanzler und Bundesminister **sagen glatt die Unwahrheit."**

H. Schmidt, SPD-MdB, Bundeskanzler, im ZDF am 30. 9. 1976:

spricht von „unverschämter Beleidigung" der SPD durch CDU-Wahlkampf, ebenso von **„verlogenen Parolen der CDU".**

Außerdem:

„Die Union ist für den Frieden eine Gefahr."

CSU-Landesleitung in CSU-Argument Nr. 1, 1976:

„Wir sind aber nicht bereit, dem Volk Opfer zuzumuten, von denen wir nur erwarten, daß sie der **Lügenpolitik der Bundesregierung** wieder über 1 Jahr hinweg krumme Beine verleihen."

F. J. Strauß, CSU-MdB, auf dem CSU-Parteitag vom 4. 11. 1972:

„Diese Regierung **lügt einfach.** Im übrigen, wer sagt, Inflation ist der Preis für die Vollbeschäftigung (wie Bundeskanzler), ist ein volkswirtschaftlicher Ignorant oder er ist ein **demogagischer Lügner."**

H. Schmidt, SPD-MdB, Bundeskanzler, auf einer Wahlversammlung in Bochum 1976, zitiert von CDU-Ministerpräsident Kohl im ZDF am 30. 9. 1976:

„Die eigentliche Gefahr für die BRD ist die CDU, nicht die Kommunisten."

H. Schmidt, SPD-MdB, Bundeskanzler, nennt die CDU „Zurückschießpartei" auf vielen Wahlversammlungen 1976, zitiert von Kohl im ZDF am 30.9.1976.

F. J. Strauß, CSU-MdB, nach „Münchner Merkur" vom 16. 11. 1970, ähnlich in „Abendzeitung" vom 17. 11. 1970:

„Der Messias Willy, der uns in das Land der Verheißung führen will, beinah' hätte ich gesagt in die Scheiße . . ."

SPD-Wahlkampfbus (VW-Bus UN–TC 63) trug Aufschrift „Christus würde Willy wählen" im Wahlkampf 1972.

CDU-Flugblatt vom Frühjahr 1976, bei dem verantwortlich Reddemann, CDU-MdB, und Jenninger, CDU-MdB, zeichnen (Bundestagsfraktion):

„Brandt hat sich **außerhalb der Gesetze demokratischer Gesinnung** gestellt. Hinter der besorgten Maske des Friedenspreisträgers trat der wahre Brandt hervor. Der **Unruhestifter.** Der Brandt, der Karl Wienand förderte. Der die schützende Hand über ihn hielt, als seine Unwahrheit im Fall „Pan-International" zum Himmel schrie. Der Brandt, der bis heute nicht den Verdacht zerstreuen kann, daß beim Mißtrauensvotum vom April 1972 **Bestechung** das Ergebnis verfälschte."

F. J. Strauß, CSU-MdB, auf dem CSU-Parteitag 1976, nach „Bayern-Kurier" vom 3. 7. 1976:

„Wenn die **großschnäuzigen Äußerungen** des Bundeskanzlers . . ."

Bayern-Kurier, CSU, vom 20. 5. 1972 nennt die Bundesrepublik Deutschland:

„die Republik der Jusos und Anarchisten, der Pornoschickeria und der notorischen Wehrdienstverweigerer."

H. Kohl, CDU-MdB, nach „Welt am Sonntag" vom 10. 10. 1976:

„Sie (Kanzler Schmidt) machen eine Politik der verbrannten Erde . . . Und wenn der Kollege Schmidt von morgens bis abends in gröblichster Weise seine Pflicht gegenüber dem inneren Frieden verletzt, dann ist das doch unausbleiblich. . . Warum wiederholen Sie, (Kanzler Schmidt) fortdauernd, und zwar offen ins Gesicht, **die Unwahrheit?** . . Was soll's, wenn Sie . . Behauptungen aufstellen, die einfach unwahr sind, **von Anfang bis zum Ende unwahr sind."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, Erklärung vom 4. 10. 1976, nach „Welt am Sonntag" vom 10. 10. 1976:

„Wenn es anderswo weiterhin so **aufgeblasene Arschlöcher** (CDU-Funktionäre) gibt, die nicht in der Lage sind, Wahlkampf zu führen, dann werden wir auf 30 Jahre hinaus keine Mehrheit mehr bekommen. Wer jetzt noch weiter der FDP hintenreinkriecht, der schwebt doch wirklich in einem Heißluftballon."

CDU-Flugblatt zu der Landtagswahl 1972 in Baden-Württemberg:

„So wurden wir belogen und betrogen. In der Geschichte unseres demokratischen Staates dürfte wohl kaum ein Fall vorgekommen sein, in dem Millionen heimatvertriebener Flüchtlinge derart getäuscht worden sind, wie durch die führenden Männer der jetzigen Bonner Regierungsparteien (SPD/FDP)."

Bayern-Kurier CSU vom 11. 10. 1969:
„**Der Wähler wurde betrogen**, von Herrn Brandt und von Herrn Scheel."

Deutschland-Magazin, CDU, 1972, Nr. 3, S. 14:
„Dieser Staat ist nicht nur in gefährlichster Weise unterwandert, sondern der **Fisch stinkt vom Kopf her.**"

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Bayern Kurier" vom 22. 11. 1969:
„Solche Versuche (10 %-Hürde in Bayern abzuschaffen) haben mit Demokratie nichts mehr zu tun. Es sind Versuche von **Wählermanipulation zum Zwecke der Machtergreifung.**"

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Münchner Merkur" vom 28. 10. 1972:
nennt den SPD-Wahlkampfstil „entsprungen einem Denken, das sonst nur in einem nationalsozialistischen oder kommunistischen System anzutreffen ist . . . Die Erfinder und Ausführer dieser Wahlkampfmethoden haben ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie."

F. J. Strauß, CSU-MdB, auf dem CSU-Parteitag 1976, zitiert im „Bayern Kurier" vom 3. 7. 1976, S. 19:
„Was ist dieser Bundeskanzler (Schmidt) für ein **engstirniger, bornierter, geschichtsloser, demokratieunkundiger Bundeskanzler.**"

Bayern-Kurier CSU vom 10. 4. 1976, S. 4:
„SPD auf Volksfrontkurs. Willy Brandt, **Ziehvater des marxistischen Nachwuchses seiner Partei . . .**"

F. J. Strauß, CSU-MdB, im „Münchner Merkur" vom 16. 11. 1970:
„Glauben Sie mir, wenn diese Regierung (SPD/FDP) stirbt, **gibt es einen Aufstand in der Unterwelt.**"

Bayern-Kurier, CSU, am 25. 9. 1976:
„In der Kunst **mieser Verleumdung** und **infamer Unterstellung** hat sich Schmidt schon bis jetzt in diesem Wahlkampf höchste Auszeichnung verdient."

Bayern-Kurier, CSU, am 25. 9. 1976:
„Ein Kanzler, der geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und dessen Nutzen zu mehren, betätigt sich als **Brunnenvergifter** und entwickelt dabei Fähigkeiten, die ihn auf eine Ebene mit Brandt und Wehner rücken, ihn sogar darüber hinauswachsen lassen. Wie jene entnimmt auch der Kanzler einen Teil seiner Angriffe auf die Unionsparteien aus dem **Spracharsenal der Kommunisten.** Sieben Jahre einer SPD-geführten Regie-

rung in der BRD haben das politische Klima derart vergiftet, daß es ein Kanzler ungeniert wagen kann, die **Diffamierungskampagne des Kremls** und seiner Vasallen in seinem Wahlkampf zu verwenden."

W. Wallmann, CDU-MdL, in „Deutschland-Magazin", Nr. 4, 1972, S. 51:
„**Hessischer Kultusminister vergiftet die Schuljugend** mit prokommunistischen Pamphleten."

Deutschland-Magazin, CDU, Sonderausgabe 1972, 3. Umschlagseite:
„Die Brandt-Scheel-Regierung hat nach ihrer **Machtergreifung** in Bonn genau das Gegenteil von dem getan, was den Wählern vorher jahrelang versprochen wurde . . . Unter dem Vorwand von Reformen wird das Sittenstrafrecht **zu Gunsten von Sittenstrolchen** abgebaut, wird die Justiz politisiert, wird das Parteibuch zur Legitimation zur Berufung in öffentliche Ämter."

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 5, 1972, S. 34:
„Wer Persönlichkeiten wie Schröder und Scheel gegenüberstellt, begreift sofort, auch bei einem Minimum an Instinkt, wer als Staatsmann, Diplomat und Außenminister Rang besitzt und wer nur als **eilfertiger Handlanger politischer Abenteurer**, um des Überlebens der FDP willen, zu allem bereit ist, was man von ihm verlangt."

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 3, 1972, S. 3:
„Wir haben in dieser Zeitschrift seit zwei Jahren auch den **Wahlbetrug und Wortbruch** der führenden Politiker der SPD und FDP . . . dokumentiert."

Deutschland-Magazin, CDU, Schlagzeilen:

in Nr. 3, 1972, S. 2:
„Wie die SPD-Innenminister **die Öffentlichkeit täuschen."**

in Nr. 1, 1973, S. 3:
„Die **Lüge** als politisches Mittel zur Täuschung der Wähler."

in Nr. 4, 1972, S. 25:
„Linksradikale Schriftsteller, Publizisten, Professoren und Politiker in **Generalangriff auf Staat,** Gesellschaft, Recht und Ordnung."

in Nr. 4, 1972, Titelseite:
„**Bankrott des Bonner Regimes.** Die geistigen Bombenwerfer."

in Nr. 3, 1972, S. 18:
„**Verleumdung und Denunziation.** Wie Staatssekretär Ahlers im Auftrag des Bundeskanzlers kritische Journalisten diffamiert — Ein bisher unterschlagener Skandal."

in Nr. 6, 1973, S. 13:

„Verleumder im Bundestag."

in Nr. 5, 1973, S. 2:

„Wie das Bonner Regime die **Verfassung mißachtet."**

in Nr. 5, 1972, S. 50:

„Zeitgeist zerstört die Demokratie."

Daher ist der Vorwurf der Lüge oder Heuchelei, den die NPD anderen Parteien macht, nicht verfassungswidrig, sondern nackte Wahrheit.

18. Parteienoligarchie

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie von Parteienoligarchie und Lizenzparteien spreche.
Aber es erklärten:

W. Brandt, SPD-MdB, Bundeskanzler, zitiert von Barzel im Bundestag am 20. 3. 1970:

„Deutsche Politik nach 1945 war . . . nicht zuletzt eine **Funktion der Politik der Mächte, die Deutschland besiegt und besetzt hatten."**

H. Lübke, CDU-MdB, Bundespräsident, nach Bulletin des Bundespresseamtes vom 19. 7. 1966:

Die ersten Jahre nach 1945 seien „die **Zeit tiefster Demütigung unseres Vaterlandes".**

K. Jaspers, in „Wohin treibt die Bundesrepublik?", 1966, S. 131:

„Selbst die Wahlen sind keine eigentlichen Wahlen, sondern **Akklamation zur Parteienoligarchie"** (ähnlich im Spiegel Nr. 17 von 1966)."

K. Jaspers, zitiert in „Preußen", von E. Burneleit, 1962, S. 43:

„Uns hier (in West-Deutschland) **ist die Freiheit vom Sieger geschenkt.** Den Deutschen dort (in Mitteldeutschland) die totale Herrschaft oktroyiert. Beide Regime haben **ihren Grund im Willen der Besatzungsmächte."**

H. Dichgans, CDU-MdB, in „Das Unbehagen in der Bundesrepublik", 1968, S. 260/261:

„Das Bundesverfassungsgericht hat versagt . . . Das Bundesverfassungsgericht hat **niemals seine Aufgabe erkannt,** die Verfassung nach den veränderten Bedürfnissen einer veränderten Zeit zu interpretieren."

Bayern-Kurier, CSU, vom 23. 9. 1972:

„Die Regierung Brandt/Scheel hat vorsätzlich und **unter Inkaufnahme des Verfassungsbruches das Fundament unseres Grundgesetzes zerstört** . . . . Geht es nach Willy Brandt, so ist die BRD dabei, von einer parlamentarischen zu einer Volksdemokratie zu werden."

F. J. Strauß, CSU-MdB, in der Zeitschrift „Bonner Kontakt" vom 13.10.1972:

„Neuwahlen entscheiden, ob die Weichen endgültig in Richtung **sozialistische Kaderrepublik** gestellt werden."

Daher ist der Vorwurf der Parteienoligarchie, den die NPD gegen „Bonn" erhebt, nicht verfassungsfeindlich, sondern entspricht den Tatsachen.

19. Meinungsmanipulation und -terror

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie sich gegen Meinungsmanipulation und Meinungsterror in den Massenmedien wende.
Aber es erklärten:

F. J. Strauß, CSU-MdB, auf dem CSU-Parteitag 1976, nach „Bayern-Kurier" vom 3. 7. 1976, S. 18:

„Wenn man sieht, daß hier in öffentlich-rechtlichen Anstalten (Fernsehen) regelrecht eine **einseitige Zensur** gehandhabt wird, nämlich, was gegen die Kommunisten gesagt wird, darf nicht erscheinen, was dem Lobe und dem Ruhme der Kommunisten dient, das wird mit größter Lautstärke verbreitet; das ist auch eine Art Zensur, und die ist noch gefährlicher und giftiger als die Zensur eines autoritären Systems, weil man mit dem Schein die Unabhängigkeit beweisen will."

Deutschland-Magazin, CDU, 1972, Nr. 5, S. 16:

„**Der Generalangriff** der Bundesregierung **auf die Pressefreiheit."**

Deutschland-Magazin, CDU, 1972, Nr. 1:

„Die Diktatur der Meinungsmacher."

Deutschland-Magazin, CDU, 1972, Nr. 3, S. 9:

„Volksverhetzung im Fernsehen."

„Dieser Staat schützt also jene, die ihn stören wollen und gibt seine Verbündeten und Freunde den Verunglimpfungen des Mobs auf den Fernsehschirmen und auf der Straße preis."

Deutschland-Magazin, CDU, 1973, Nr. 1, S. 25:

„**Roter Generalangriff auf die Pressefreiheit.**"

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 4, 1974, S. 4 (Schlagzeilen):

„**Meinungsmache** in Deutschland, **Hessischer Rotfunk** manipuliert Interviews, **Geschichtsfälschung** im „Vorwärts"."

H. Czaja, CDU-MdB, auf 5. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen am 3./4. 10. 1970 in Bonn:

„Wir wenden uns mit großer Entschiedenheit gegen die Versuche einer schrankenlosen **Meinungsdiktatur** durch einige ihrer persönlichen Aussagekraft nach als zweitrangig zu bezeichnende Kommentatoren. Es ist höchste Zeit, daß insbesondere im Fernsehen . . . einige Monopole abgebaut und durch mehr Konkurrenz ersetzt werden."

Daher ist das Eintreten der NPD gegen Meinungsmanipulation und Meinungsterror in den Massenmedien nicht verfassungsfeindlich, sondern demokratische Pflicht.

20. Geschichtsfälschung

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie sich gegen die Geschichtsfälschungen der Umerzieher wende.
Aber es erklärten:

F. J. Strauß, CSU-MdB, im Bundestag vom 30. 11. 1965:

„Das deutsche Volk darf nicht als Objekt einer **Geschichtsklitterung und einseitigen Bewertung** zu einer Nation mit kriminellen Instinkten degradiert und als potentiell gefährlich für seine Nachbarn und für den Frieden der Welt auf die Dauer diffamiert werden."

H. Thielicke, CDU, in „Christ und Welt" vom 27. 3. 1964:

„Schluß mit der **Bewältigung der Vergangenheit.** Wir müssen Schluß machen mit dieser **Hexenjagd** (auf Vergangenheitsbewältigung) und diesem **Hexenwahn,** wenn wir nicht über dem permanenten Wühlen in unserer Vergangenheit die Bewältigung der Gegenwart und der Zukunft versäumen wollen."

H. Czaja, CDU-MdB, in einer Rede vor dem ost-westdeutschen Autorentreffen am 10. 10. 1976 in Konstanz:

„Aber das bedeutet auch, daß wir nicht ständig unser eigenes Volk öffentlich auspeitschen und die ihm zugefügten Ungerechtigkeiten verschleiern."

F. J. Strauß, CSU-MdB, in „Entwurf für Europa", 1966, S. 151:

„Die deutsche Tagespolitik kann sich nicht ausschließlich auf Programme stützen, die nur einen **Gegensatz zu** allem darstellen sollen, was **Hitler** getan hat."

W. Brand, CSU, in „Bewältigung der Vergangenheit", 1964, S. 28:

„Oder wollte jemand zu behaupten wagen, daß die **Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse**, in denen Henker von Millionen Menschen als gleichberechtigte Richter mit am Tisch saßen, wirklich ein nur den Prinzipien von Recht und Moral dienendes Tribunal gewesen sei?"

ebendort S. 52:

„und der **Landesverräter** (im Zusammenhang mit dem 20. Juli) noch dazu in einem gnadenlosen Krieg, wo jeder Verrat Tausenden und Tausenden deutscher Soldaten das Leben kostete, bleibt für uns **eine verachtenswerte Erscheinung.**"

Prof. B. von Richthofen, CSU, in einem offenen Brief an Bundespräsident Scheel, nach „Klüterblätter" Nr. 6, 1976, S. 48:

„Ist Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, ferner nicht bekannt, daß es sich bei der noch immer herumgeisternden Behauptung, die Zahl der unglücklichen jüdischen Opfer der schandbaren deutschen Verfolgungspolitik gegen Juden habe etwa 6 Millionen betragen, einwandfrei um eine zu Gunsten einer antideutschen Erpressungspolitik **erfundene Geschichtsfälschung** handelt? Einer der ersten Wissenschaftler, dessen Forschungsergebnisse das bestätigten, war schon in den 50iger Jahren der nordamerikanisch-jüdische Statistiker Dr. Listojewski."

ebendort S. 47:

„Vielleicht ist Ihnen z. B. auch nicht bekannt, daß erwiesenermaßen der totale Luftkrieg gegen unschuldige Zivilisten nicht von deutscher, sondern von britischer Seite begonnen wurde . . . Nach dem Kriege führten – voneinander völlig unabhängig – der Vorstand der SPD, die Spitzenhirarchie der Katholischen Kirche in Deutschland und einige verantwortungsbewußte evangelische Theologen gründliche Untersuchungen darüber durch, wieviele deutsche Frauen und Mädchen durch Angehörige der siegreichen sowjetischen Streitkräfte geschändet wurden. Das Ergebnis war übereinstimmend eine Schätzungszahl zwischen 4 und 5 Millionen. Bei der deutschen Wehrmacht galt aber bekanntlich auch während des letzten Weltkrieges die alte Bestimmung weiter, daß Schänder mit dem Tode zu bestrafen sind. Angesichts eines solchen Vergleichs hat es die sowjetische Seite wahrhaft nicht verdient, daß ein deutscher Bundespräsident weiter nur von großer deutscher Schuld spricht und u. a. über die sowjetische schweigt."

K. Adenauer, CDU-MdB, Bundeskanzler, in einer Rede vom 30. 8. 1953 in Hannover:

„Was die **Soldaten der Waffen-SS** anbelangt, meine Damen und Herren, so muß die Öffentlichkeit, muß das deutsche Volk wissen: **Sie waren Soldaten, wie andere auch."**

F. J. Strauß, CSU-MdB, in „Deutschland – Deine Zukunft" 1975, S. 60:

„Der nach strengen Maßstäben urteilende Historiker wird **nicht behaupten,** daß Hitler den 2. Weltkrieg in seiner späteren Dimension herbeiführen wollte!"

von der Heydte, CSU-MdL, in „Aula", Graz, Sept. 1976, S. 5/6:

„Der Vorwurf, zweierlei Recht zu sprechen, ist einer der schlimmsten, die einem Richter gemacht werden können. **In den sogenannten IMT-s von Nürnberg und Tokio wurde dieses zweierlei Recht angewandt** . . . Rückschauend erscheinen Einrichtung und Rechtsprechung der sogenannten internationalen Militär-Tribunale nach dem 2. Weltkrieg nur **als heuchlerische Verhöhnung jedes Rechtes.** . . . Sie (die alliierten Sieger) haben sich in diesen Strafurteilen (Nürnberger Urteile) als die „Herrscher der Völkerrechtsgemeinschaft" aufgespielt."

F. J. Strauß, CSU-MdB, nach „Bild" am 18. 11. 1966:

„Nur ein Volk mit **gesundem Nationalbewußtsein** kann seinen Mann stehen. Es muß endlich **Schluß sein mit der Propaganda von einer deutschen Kollektivschuld.** Wir wollen nicht länger die **Prügelknaben** anderer sein . . Man soll endlich aufhören, die Bundesrepublik in den Dreck zu ziehen."

W. Mischnik, FDP-MdB, nach „FAZ" vom 5. 2. 1977:

fragt, „ob es dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seiner parlamentarischen Form diene, wenn zwischen Mitgliedern des Bundestages die **politische Vergangenheit vor 1945 aufgerechnet werde."**

Rehs, SPD-MdB, zum Tag der Heimat am 3. 9. 1967 in Berlin:

„Aber weder die deutsche Geschichte noch das europäische Unglück haben im Jahre 1933 begonnen. Wenn die Welt in Ordnung, wenn Europa mit sich ins reine kommen will, . . dann dürfen am Anfang dieses Weges **nicht neue Fälschungen, neue Unwahrheiten und neue Ungereimtheiten** stehen. Dann müssen auch die anderen Völker und Staatsmänner bereit sein, aus den eigenen früheren Fehlern zu lernen; dann muß endlich, 22 Jahre nach Kriegsende, in Europa damit aufgehört werden, daß Deutschland unentwegt zum **Prügelknaben der Weltgeschichte** gemacht werden kann."

P. Jordan, CDU-MdB, in „Aus Trümmern wurden Fundamente", 1975, S. 19:
„Eher (als auf Vergangenheitsbewältigung) scheint es mir darauf anzukommen, daß das deutsche Volk zu einer **Versöhnung mit seiner eigenen Geschichte** kommt. Dazu gehört mit Vorrang, zum Bewußtsein seiner eigenen und eigentümlichen Kultur zu kommen."

K. Steinbuch, CDU-Parteitagsredner, in „Über die Zukunft unserer Gesellschaft", Landeszentrale für pol. Bildung, Stuttgart, 1975, S. 20:
„Ebenso sollte es (unser politisches System) endlich eine **bewußte Zuwendung zu seiner eigenen Geschichte** vornehmen: Man kann unsere Geschichte ja nicht auf die Untaten Hitlers reduzieren. Die **hemmungslose Traditionsvernichtung** muß endlich eingestellt werden."

F. J. Strauß, CSU-MdB, in „Deutschland-Magazin", Nr. 6, 1973, S. 53:
„Strauß bezichtigt Scheel: **Lüge und Geschichtsklitterung"** (Schlagzeile).
„Es gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, um zu erkennen, wie sehr **Lüge als Ersatz für Diplomatie** immer mehr sich ausbreitet. Ich sage dies sehr bewußt, und ich beweise es . . . Ich glaube, eine solche **Klitterung jüngster Geschichte** spricht für sich. **Die Wahrheit wird auf den Kopf gestellt;** Verdrehung wird zur Verteidigungswaffe einer Diplomatie des schlechten Gewissens. Seine (Scheels) Behauptung . . . ist eine **Geschichtsfälschung."**

Deutschland-Magazin, CDU, Nr. 2, 1972, S. 12:
„**Geschichtsfälschung wird vorbereitet.** Brandt-Artikel, Brandt-Bücher und Brandt-Interviews verschwinden."

Daher ist der Kampf der NPD gegen Geschichtsverfälschung nicht verfassungsfeindlich, sondern unbedingte Notwendigkeit.

21. Lebensrichtiges Menschenbild

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie für ein lebensrichtiges Menschenbild eintrete.
Aber es erklärten:

CDU-Bildungsbroschüre „Bildung in Freiheit", Wiesbaden, 1976, S. 10/12:
„Bildung in Freiheit orientiert sich an einem **wirklichkeitsnahen Menschenbild** . . . Alle Bildungspolitik muß von einem **wirklichkeitsnahen Menschenbild** ausgehen. Eine **anthropologisch richtig geordnete Bildungspolitik** muß aus der Tatsache, daß die Menschen in ihren Begabungen, Neigungen

und in ihrer Fähigkeit, gewährte Chancen wahrzunehmen, verschieden sind, Konsequenzen ziehen."

H. R. Laurien, CDU-Kultusminister, in „Sozialistische Erziehungsziele – Ende der persönlichen Freiheit", Stuttgart, 1974, S. 18:

„Man hält Unterschiedlichkeiten offenbar nur für ein Ergebnis sozialer Verhältnisse. Man sieht sie nicht mehr als **anthropologisches Datum."**

ebendort S. 25:

„Die sozialistische Bildungspolitik ist weniger von der Strategie der „Systemüberwinder" gekennzeichnet . . ., sondern viel stärker dadurch, daß sie den einzelnen den Forderungen **des anonymen Götzen „Gesellschaft"** ausliefert."

Daher ist das Eintreten der NPD für ein lebensrichtiges Menschenbild nicht verfassungsfeindlich, sondern für Würde und Freiheit des Menschen erforderlich.

22. Gleichheitsdogma

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen und Fähigkeiten bei gleichem Recht vor dem Gesetz betone und sich gegen das sozialistische Gleichheitsdogma wende.
Aber es erklärten:

CDU-Broschüre des Landesverbandes Hessen, Heft Nr. 10, 1976, S. 11:

„Damit wird die **Ungleichheit der Menschen** hinsichtlich ihrer Begabungen, Neigungen und Interessen als die natürliche Tatsache bejaht und positiv aufgegriffen."

ebendort S. 12:

„**Diese Unterschiede** beruhen, wie die neueren Forschungsergebnisse bestätigen, **zum überwiegenden Teil auf ererbten Anlagen** und nur zu einem geringen Teil auf Umweltbedingungen des Erziehungsmilieus."

ebendort S. 14:

„Dieser Grundgedanke ist von **Gleichmacherei weit entfernt."**

ebendort S. 19:

„Die CDU ist entschlossen, hier einen **grundsätzlichen Wandel zu schaffen."**
(Gegen die Linke, i. S. der NPD).

W. Hahn, CDU-MdL, Kultusminister, in „KULTUS und Unterricht", Nr. 1, 1975, S. 3:

„Dabei (im Vorjahr) zeigt es sich vor allem, daß sich die wissenschaftliche Erkenntnis mehr und mehr dahin verfestigt, daß **die Ungleichheit menschlicher Begabungen** in der Natur des Menschen liegt."

CSU-Broschüre, „Profil einer Partei", Juni 1969:

„Ein **sozialistischer, gleichmacherischer, uniformer Bildungsaufguß** wird den Menschen mit ihren vielfältigen Begabungen und Neigungen nicht gerecht."

H. R. Laurien, CDU-Kultusminister, in „Sozialistische Erziehungsziele – Ende der persönlichen Freiheit", Stuttgart, 1974, S. 7:

„Die **sozialistischen Glaubensdogmen Gleichheit, Mitbestimmung und Demokratisierung** werden zu ausschließlichen Erziehungszielen und -maßstäben erklärt. Die Folgen für die heranwachsende Generation werden verheerend sein. **Gleichheit wird zur Ungerechtigkeit."** (Vorwort von H. B. Streithofen)

ebendort S. 15:

„Die sozialistische Bildungspolitik hält es für unerträglich, daß die Menschen unterschiedlicher Natur sind. Sie geht immer wieder vom **Postulat der Gleichheit** aus. Sie will eine Welt, in der es keine Unterschiede mehr gibt. Sie hat die **Vision der heilen Welt, einer Welt der Gleichheit."**

ebendort S. 18:

„Die **sozialistische Utopie einer Welt der Gleichen** . . . soll auch durch Bildungspolitik erreicht werden."

ebendort S. 46:

„Lebensqualität und Bildungskonzeption lassen sich freiheitlich nur verwirklichen in Spielräumen der Entfaltung mit dem **Recht auf Unterschiedlichkeit."**

A. Dregger, CDU-MdB, in „Bildung in Freiheit", 1976, S. 3:

„Unser Konzept setzt bei der **Vielfalt der Begabungen** . . . an".

CDU-Bildungsbroschüre „Bildung in Freiheit", Wiesbaden, 1976, S. 10:

„Wer die **Unterschiede der Begabungen und Fähigkeiten** ernst nimmt, muß die Einseitigkeit, mit der intellektuelle Bildung als nahezu ausschließliches Ziel von Erziehung und Bildung überbetont worden ist, ablehnen."

ebendort S. 11:

„Damit wird die **Ungleichheit der Menschen** hinsichtlich ihrer Begabungen, Neigungen und Interessen als eine natürliche Tatsache bejaht und positiv aufgegriffen."

ebendort S. 12:

„Das Ziel der Chancengleichheit . . hat dagegen **die Illusion geweckt, alle Menschen seien gleich oder fast gleich** . . . Eine **anthropologisch richtig geordnete Bildungspolitik** muß aus der Tatsache, daß **die Menschen** in ihren Begabungen, Neigungen und in ihrer Fähigkeit, gewährte Chancen wahrzunehmen, **verschieden sind,** Konsequenzen ziehen. **Diese Unterschiede beruhen,** wie die neueren Forschungsergebnisse bestätigen, **zum überwiegenden Teil auf ererbten Anlagen** und nur zu einem geringen Teil auf Umweltbedingungen des Erziehungsmilieus."

ebendort S. 14:

„Dieser Grundgedanke ist von **Gleichmacherei** weit entfernt."

Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn, Heft Nr. 33, 1961, S. 100:

„Der Freiheitswille jedes Staatsbürgers droht nun gerade durch jene eine **demokratische Hauptparole, die Gleichheit, gelähmt zu werden,** die man 1789 in harmloser Selbstverständlichkeit mit der anderen, der Freiheit, vermählte, obwohl dies doch eine widernatürliche Ehe ist. Es war nicht aristokratischer Konservatismus, sondern sein unbestechlicher Sinn für die Wirklichkeit, was Goethe dagegen zu dem Ruf aufbrachte: **„Gesetzgeber und Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Scharlatane."**

ebendort S. 101:

„Die Todfeinde der persönlichen Freiheit, Mechanisierung und Egalisierung, **sind eineiige Zwillinge."**

Daher ist der Kampf der NPD gegen das Gleichheitsdogma nicht verfassungsfeindlich, sondern wissenschaftlich gerechtfertigt und für die Verwirklichung des einzelnen Menschen notwendig.

23. Bessere Begründung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Die NPD sei verfassungsfeindlich, weil sie für eine bessere und verständlichere Begründung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eintrete.
Aber es erklärten:

K. Steinbuch, CDU-Parteitagsredner, in „Über die Zukunft unserer Gesellschaft", Landeszentrale für pol. Bildung, Stuttgart, S. 20:

„Einerseits muß **unser politisches System theoretisch besser als bisher begründet werden,** und andererseits muß es mit mehr Geschick verständlich gemacht werden."

H. R. Laurien, CDU-Kultusminister, in „Sozialistische Erziehungsziele – Ende der persönlichen Freiheit", Seewald, Stuttgart, 1974, S. 48:

„Systematischer als bisher müßten dabei die ernsten wissenschaftlichen Forschungsergebnisse berücksichtigt werden. Es gibt eine Frankfurter Schule, es gibt eine sozialistische Schule, aber es gibt bisher kaum eine Schule für unsere christlich anthropologische Richtung, sondern es gibt fast nur Einzelkämpfer. Es sollte mehr als bisher Begegnungen geben, gemeinsames Nachdenken."

Daher ist das Bemühen der NPD, zur besseren Begründung und Verständlichmachung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beizutragen, nicht verfassungsfeindlich, sondern notwendig für die Erhaltung unserer Demokratie.

Nachwort

Die Schrift bestätigt:
Wenn die Forderungen und Feststellungen der NPD verfassungsfeindlich sind, dann wimmelt es in Westdeutschland nur so von Verfassungsfeinden, mehr noch, dann haben sich von Adenauer bis zu Schmidt alle Kanzler als Verfassungsfeinde erwiesen.

Folgerichtig stellt daher in ähnlichem Zusammenhang das Verwaltungsgericht Karlsruhe (AZ III 142/76) am 28. 1. 1977 fest:
„Das Programm der NPD ist das einer national-konservativen Partei . . . Im offiziellen Programm dieser Partei ist keine Aussage zu finden, die unvereinbar ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Art. 21, Abs. 2 GG . . . Das Gericht kann aufgrund all dieser Erwägungen die Feststellung des beklagten Landes, die NPD sei eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung, nicht bestätigen."
Die als Verleumdung entlarvte Behauptung der Verfassungsfeindlichkeit der NPD sollte endlich begraben werden. Die NPD ist keine verfassungsfeindliche Partei. Sie steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Wer anderes behauptet, ist ein Lügner.

Die Lage unseres Volkes im vielfach geteilten Vaterland ist zu ernst, um mit verlogenen Beschimpfungen geändert werden zu können.
Der Weg zu einer

Politik für Deutschland

sollte von allen Parteien redlich beschritten werden. Dabei wissen wir:

„Es ist nicht wahr, daß jeder, der gegen den Strom schwimmt, sein Ziel nicht erreicht; wahr ist nur, daß die zugrunde gehen, die vorzeitig kapitulieren." (Kurt Schumacher am 9. 5. 1946 in Hannover.)
Unser Ziel bleibt:

Deutschland den Deutschen – Europa den Europäern.
Mit der Nationaldemokratie zu Einheit für Deutschland,
Freiheit für Europa und Frieden für die Welt! (NPD-Programm)